

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN AUS DEM LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

AUSGABE 2 · 40. JAHRGANG · 14. WAHLPERIODE · 12.2.2009

Haushalt

S. 2, 4-11

Der Haushalt 2009 in zweiter und dritter Lesung im Parlament: Im Detail diskutierten die Abgeordneten die Etatpläne der Landesregierung – auch eine Gelegenheit zur Generaldebatte.

Hilfen

Milliarden für die Banken: Der Wirtschaftsausschuss beriet die Frage mit Sachverständigen, im Plenum ging es konkret um die Zukunftspläne für die Westdeutsche Landesbank.

S. 3, 12

Prävention

Aids ist unheilbar, immer noch. Angesichts gestiegener Lebenserwartung warnten Fachleute im Gesundheitsausschuss vor neuer Leichtfertigkeit. Denn die Zahl der Neuinfektionen steigt.

S. 13

Petitionsrecht

Ärger mit Behörden? Das kann passieren. Der Landtag hilft, dank starker Rechte für den Petitionsausschuss. Seit 40 Jahren ist das Beschwerderecht in der Landesverfassung verankert.

S. 17



Inhalt

Inhalt/Blickpunkt	2
Zukunftspläne für die WestLB	3
<i>Aktuelle Stunde und Eilantrag zur Situation im Bankensektor</i>	
„Bilanz des Scheiterns“ oder „Sicheres Fundament“?	4-9
<i>Der Haushalt 2009 in zweiter Lesung: Konjunkturlilfe im Mittelpunkt</i>	
Große Debatte ums große Geld	10-11
<i>Regierung und Opposition in der dritten Lesung des Etats</i>	
Wie die Abwärtsspirale durchbrechen?	12
<i>Bankenkrise: Gemeinsame Anhörung von Wirtschafts- und Finanzausschuss</i>	
Plädoyer für Aids-Vorsorge	13
<i>Keine Entwarnung: Fachleute sehen Anstieg der Neuinfektionen</i>	
Aus den Fraktionen	14-15
Gesetzgebung	16
Der Verwaltung auf die Finger geschaut	17
<i>40 Jahre effektive Petitionsarbeit in NRW</i>	
Aus den Ausschüssen	18
Porträt: Walter Kern (CDU)	19
Jahreshauptversammlung des FCL	19
Meldungen	20
Impressum	20

Wiederkehrende Rubriken sind in Blau gekennzeichnet.

Dem Land verpflichtet ...

... ist Peter Weckmann (SPD) aus Essen als neues Mitglied des Landtags. Nach der Verpflichtung des Abgeordneten durch Landtagspräsidentin Regina van Dinter am 28. Januar 2009 ist die SPD-Fraktion nun auch im Plenum wieder vollzählig. Zum 31. Dezember 2008 hatte der SPD-Abgeordnete und ehemalige Arbeitsminister Harald Schartau nach dreieinhalb Jahren sein Landtagsmandat niedergelegt. Für ihn ist Peter Weckmann nun nachgerückt.

Foto: Schälte



Haushalten in der Krise

Haushaltsberatungen sind immer Sternstunden des Parlaments. Die Regierung präsentiert den Etat für das kommende Jahr, die Koalition verteidigt ihn gegen die Opposition. So war es eigentlich immer. Nur diesmal sind die Rahmenbedingungen anders.

Schon bald nach der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs für 2009 – wir erinnern uns, es war Ende August 2008 – wurde angesichts der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise deutlich, dass sich der übliche Terminplan für die zweite und dritte Lesung nicht halten lassen würde. Die Politik im Land und im Bund benötigte Zeit, um sich gegen die heraufziehende Krise zu wappnen.

So haben diesmal die Abgeordneten im Zusammenhang mit dem Landeshaushalt einiges mehr zu bedenken. Sie haben über den dritten Nachtragshaushalt für 2008 abgestimmt. Ihnen liegen das Konjunkturpaket I und das Konjunkturpaket II auf dem Tisch. Beide haben Auswirkungen auf den Landeshaushalt.

ZUKUNFTSKURS

Das alles bietet Stoff für Diskussionen. Auch wenn sich Wirtschaftsweise und politisch Handelnde im Grundsatz einig sind, dass rasch eingegriffen werden muss: Es gibt aber unterschiedliche Auffassungen über Umfang, Zielsetzung und Ausgestaltung der staatlichen Hilfen. Und niemand kann verlässlich voraussagen, ob es reicht oder ob nachgesteuert werden muss.

Das sollte man abwarten – was nicht heißt, dass die Politik derweil die Hände in den Schoß legt. Investitionen in Bildung und Forschung sowie in eine moderne Infrastruktur sind Stichworte bei allen Parteien, allerdings mit jeweils unterschiedlicher Gewichtung. Dies betrifft zum Beispiel – NRW als Energieland Nummer 1 – den Bereich erneuerbarer Energie (soeben hat sich in Bonn die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien gegründet, und Europas größte Wärmepumpensiedlung findet sich in Köln). Des Weiteren gehören die Ausgaben für Bildung traditionell zum größten Brocken in den Etats aller Ministerien der Landesregierung.

Die Zukunftsorientierung des Landes Nordrhein-Westfalen: Bei der Beratung des Haushalts 2009 stand sie immer wieder im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Das Ziel: die aktuelle konjunkturelle Krise schnell zu überwinden. Aber auch, die Grundlage für längerfristigen Erfolg zu legen. Die Positionen der einzelnen Fraktionen zum Haushalt finden Sie Einzelplan für Einzelplan zusammengefasst in dieser Ausgabe.

Jürgen Knepper

Zukunftspläne für die WestLB

Aktuelle Stunde und Eilantrag zur Situation im Bankensektor

30. Januar 2009 – Mit Plänen zur Rettung der Westdeutschen Landesbank (WestLB) befasste sich der Landtag auf Antrag der SPD. Die Fraktion nahm Bezug auf die geplante Neugliederung der Bank in eine „Fusionsbank“ mit Mittelstands-, Firmenkunden- und Kapitalmarktgeschäften und in eine „Konsolidierungsbank“ mit risikobehafteten Wertpapieren, Krediten und Staatsanleihen. Sie befürchtet, dass diese „Bad Bank für die WestLB“ weitere Kosten für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bedeutet. Mit der Debatte verknüpft war ein Eilantrag der Grünen (Drs. 14/8364). Sie sahen Privatbanken durch den Finanzmarktstabilisierungsfonds des Bundes (SoFFin) gegenüber öffentlich-rechtlichen Banken bevorteilt. Die Regierungsfraktionen wiesen beide Vorwürfe als unbegründet zurück.

Das Thema WestLB, so erklärte **Gisela Walsken** (SPD), entwickle sich zum Desaster für die schwarz-gelbe Landespolitik. Ein „Zickzack-Kurs“ der Landesregierung habe die Bank geschwächt, meinte Walsken und verwies auf die erfolglose Suche nach einem Fusionspartner. Folgen seien aus ihrer Sicht eine fehlende Neuausrichtung der Bank, der Abbau von Stellen sowie der drohende Verlust der Finanzplätze Düsseldorf und Münster. Schon jetzt müssten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie die Sparkassen mit fünf Milliarden Euro für die WestLB bürgen. Daher appellierte Walsken an die Landesregierung, einen „Ausgleich der Interessen“ anzustrengen. Die Neuausrichtung der WestLB dürfe nicht zulasten der Kundschaft, Landschaftsverbände und Sparkassen erfolgen.

„Gleiches wird ungleich behandelt“, meinte **Horst Becker** (Grüne) und kritisierte, der Finanzmarktstabilisierungsfonds des Bundes bevorteile Privatbanken. Es sei ungerecht, wenn die Hypo Real Estate „ohne Wenn und Aber“ gestützt werde, während gleichzeitig Staatshilfen für die Landesbanken vom Nachweis einer

Kernkapitalquote abhängig gemacht würden. Ebenso sei es nicht in Ordnung, wenn der Stabilisierungsfonds 18,2 Milliarden Euro in die Commerzbank stecke und diese dann den Sparkassen Kunden abgewinnen wolle. Abgesehen von dieser Kritik hielt Becker die Pläne zur Aufspaltung der WestLB in eine Fusions- und eine Konsolidierungsbank für alternativlos. Die Grünen seien bereit, die Landesregierung unter einigen Bedingungen zu unterstützen.

Als „Hexenjagd“ bezeichnete **Christian Weisbrich** (CDU) die Kritik der SPD. „Unsere Landesbank wird jede Woche wieder durch den Dreck gezogen“, so der Christdemokrat. Er rief die Oppositionsfraktionen zu „Ruhe und Besonnenheit“ auf, denn dies sei in der aktuellen Diskussion notwendig. Zudem warf Weisbrich der SPD ein „geschäftsschädigendes Verhalten“ gegenüber der WestLB vor, wenn sie öffentlich von einer Teilung der Landesbank in eine „gute Fusionsbank“ und in eine „Bad Bank“ spreche. Zum Eilantrag der Grünen erklärte Weisbrich, es dürfe natürlich nicht sein, dass die WestLB durch den Finanzmarktstabilisierungsfonds

schlechter behandelt würde als die Privatbanken. Noch sei eine derartig ungleiche Behandlung allerdings nicht zu erkennen.

„Eine traurige Showdebatte“ nannte **Angela Freimuth** (FDP) die Aktuelle Stunde. Sie rief die Fraktionen auf, erst dann über die Neuausrichtung der WestLB zu debattieren, wenn Verhandlungsergebnisse vorlägen. Gegenüber der Opposition erklärte Freimuth, die Landesregierung setze sich für die WestLB ein, um beispielsweise das operative Geschäft der Bank zu stärken. Bereits frühzeitig hätten die Eigentümer der WestLB notwendige Schritte wie einen „schmerzhaften Personalabbau“ vollzogen. Mit Blick auf Unterstützung durch den Bundesfonds sah die finanzpolitische Sprecherin Bundesfinanzminister Steinbrück in der Pflicht. Dieser habe seinerzeit als nordrhein-westfälischer Ministerpräsident einen Beitrag zu den Fehlentwicklungen der WestLB geleistet.

Die Kritik der SPD wies NRW-Finanzminister **Dr. Helmut Linssen** (CDU) zurück. Die SPD habe es in ihrer Regierungszeit versäumt, Vorkehrungen gegen eine Fehlentwicklung der WestLB zu treffen. Das Geschäftsmodell der Bank sei so nicht mehr zukunftsfähig, sagte Linssen. Nun komme es darauf an, eine funktionale Aufteilung der Bank vorzunehmen. Da sich die Landesregierung von CDU und FDP frühzeitig um eine Neuausrichtung bemüht habe, befinde sich die WestLB „in einer relativ besseren Situation“ als andere Institute. Auch die Befürchtungen der Grünen konnte Linssen nicht nachvollziehen. So seien 16,4 Milliarden von den 18,2 Milliarden Euro aus dem Stabilisierungsfonds für die Commerzbank mit neun Prozent verzinst: „Unter diesen Bedingungen ist eine Wettbewerbsverzerrung nicht möglich.“ *sw*

Landtagspräsidium besucht Tagebau

Über Fragen der Energie- und Standortpolitik informierte sich das Präsidium des Landtags NRW am 14. Januar 2009 bei RWE. Vor Ort, im Tagebau Garzweiler und an der Baustelle zweier Braunkohlenkraftwerksblöcke, erörterte man Möglichkeiten einer zukünftigen klimafreundlichen Energieversorgung. Auf dem Bild (von rechts) Vizepräsident Edgar Moron (SPD), Landtagspräsidentin Regina van Dinther (CDU), Dr. Johannes Lambertz (Vorstandsvorsitzender RWE Power AG), Vizepräsidentin Angela Freimuth (FDP), Landtagsdirektor Peter Jeromin, Vizepräsident Oliver Keymis (Grüne) sowie Dr. Reinhold Elsen und Jörg Kerlen (RWE). Foto: RWE



„Bilanz des Scheiterns“ oder „Sicheres Fundament“?

Der Haushalt 2009 in zweiter Lesung: Konjunkturlilfe im Mittelpunkt

28./29. Januar 2009 – Detailliert hat der Landtag das Haushaltsgesetz für das Jahr 2009 in zweiter Lesung beraten. Die parlamentarische Debatte zu den Einzelplänen des Etats fiel zeitlich zusammen mit den Bemühungen, gegen die Wirtschaftskrise vorzugehen. Während die Oppositionsfractionen den Haushalt mit Blick auf die angespannte Finanzlage als „Bilanz des Scheiterns“ der Landesregierung werteten, sahen die Regierungsfractionen in dem Entwurf ein „sicheres Fundament“. Rund 52,7 Milliarden Euro standen zur Disposition, rund 1,45 Milliarden Euro mehr als im Haushalt 2008. In allen Einzelplänen verteidigten die Regierungsfractionen den Haushaltsentwurf gegen die Kritik von SPD, Grünen und dem fraktionslosen Abgeordneten Sagel, so dass der Landtag am 11. Februar den Haushalt 2009 in dritter Lesung verabschiedete (Bericht auf den Seiten 10 und 11).

WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND

Mitten in der Krise sei die Wirtschaftspolitik der Landesregierung „mutlos, planlos, ideenlos“, fand **Thomas Eiskirch** (SPD). Die Branchen erhielten keine Impulse, zudem würden Regionen trotz ihrer Unterschiedlichkeit gleich behandelt. Zu langsam sei außerdem die Bearbeitung der Anträge auf Ziel-2-Förderung.

Sinkende Arbeitslosenzahlen und das Rekordniveau an sozialversicherungspflichtig Be-

Dagegen sah **Reiner Priggen** (Grüne) im Haushalt „nichts enthalten, was mit der bedrohlichen Lage, über die wir diskutieren, zu tun hat“. Neben Maßnahmen, die ohnehin im Haushalt enthalten seien, fehle jede Form zusätzlicher, antizyklischer Förderung. Auch Priggen kritisierte die schleppende Umsetzung des Ziel-2-Programms.

Vor „Aktionismus“ warnte Wirtschaftsministerin **Christa Thoben** (CDU). Man solle vielmehr in Forschung und Bildung investieren, Unternehmen innovationsfähig halten, Beschäftigte weiter



Thomas Eiskirch (SPD)

Lutz Lienenkämper (CDU)

Dietmar Brockes (FDP)

Reiner Priggen (Grüne)

Wirtschaftsministerin
Christa Thoben (CDU)

schäftigten wertete **Lutz Lienenkämper** (CDU) als Indikatoren gelungener Wirtschaftspolitik. Mit 7,5 Milliarden Euro zur Bankensicherung sowie 2,4 Milliarden Euro für Investitionen und erhöhte Unternehmensbürgschaften sei die Regierung aktiv.

„Wir können wieder Schritt halten“, betonte **Dietmar Brockes** (FDP). NRW investiere in Bildung und Infrastruktur und habe aufgeholt. Im Gegensatz zum aktuellen Konjunkturpaket der Bundesregierung, bei dem Bevölkerung und Betriebe zu kurz kämen, seien kleine und mittlere Unternehmen in NRW für die Krise gerüstet.

qualifizieren und dafür sorgen, dass die Konjunkturprogramme des Bundes schnell umgesetzt werden könnten.

ENERGIE

Norbert Römer (SPD) hielt die schwarz-gelbe Regierungszeit insbesondere mit Blick auf erneuerbare Energien für „verlorene Zeit“. So kritisierte er etwa die für ihn leeren Ankündigungen beim Klimaschutz. Ein „Scheitern“ der Regierung sah Römer auch bei der in Brüssel beschlossenen Vollauktionierung im Emissionshandel.

Dem hielt **Christian Weisbrich** (CDU) entgegen, es sei leicht, über fehlende Mittel für alternative Energiekonzepte zu klagen. Die jetzige Landesregierung sei durch die einseitige Festlegung der SPD auf Kohle finanziell gebunden. Mit dem Emissionshandel propagiere die SPD einen Weg der Investitionsblockaden.

Vor einer einseitigen Abhängigkeit vom Energieträger Gas warnte **Dietmar Brockes** (FDP) und forderte ein Ende „ideologisch verblendeter“ Ablehnung der Kernenergie. Zugleich kritisierte er beim Emissionshandel, dass den Unternehmen erst Millionen weggenommen und dann als Kraftwerkssubventionen zurückgegeben würden.

Reiner Priggen (Grüne) forderte, man müsse sich in der Energieversorgung neuen Wegen öffnen. Andere Bundesländer seien Nordrhein-Westfalen beispielsweise bei der Windenergie voraus. NRW dürfe sich nicht auf die Rolle eines Zulieferers beschränken, sondern brauche eigene Fertigung, um Zukunftsindustrien zu halten.

Eine parallele Förderung der verschiedenen Varianten zukünftiger Energieversorgung befürwortete Energieministerin **Christa Thoben** (CDU). Bei der Windenergieleistung liege NRW auch ohne Küste im Bundesvergleich an vierter Stelle. Ferner habe die Landesregierung die Fördermittel in vielen Bereichen erhöht.

LANDESPLANUNG

In der Landesplanung warf **Norbert Römer** (SPD) der Regierung „Stillstand“ vor. Hinsichtlich des Kraftwerkserneuerungsprogramms wies er auf die geltende Vereinbarung hin, nach der sich

RWE zu entsprechenden Investitionen verpflichtete – eine Voraussetzung auch für die Genehmigung von Garzweiler II.

Hubert Schulte (CDU) betonte die Relevanz der Landesplanung, da beispielsweise Klarheit darüber notwendig sei, wie weit das Land Regelungen treffen dürfe, um konkurrierende Interessen von Nachbargemeinden auszugleichen. Ein zweiter wichtiger Punkt sei die Sicherung von Rohstoffreserven für nachfolgende Generationen.

Holger Ellerbrock (FDP) forderte, der Vernetzung von Industriestandorten erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Wirtschaft müsse erklären, wie das Land hier vorsorgen könne. Sie müsse

auch eine andere Kommunikationsstrategie entwickeln, denn „mit der tradierten Bürgerbewegung sind wir gescheitert“.

Der Kritik an der Verschiebung des Landesplanungsgesetzes schloss sich **Reiner Priggen** (Grüne) an. Es sei notwendig, auch über die Festlegung der Planungszeiträume einen „vernünftigeren“ Umgang mit Ressourcen sicherzustellen. Insbesondere müsse der Freiflächenverbrauch von 15 auf fünf Hektar gesenkt werden.

bis zum November 2008 auf 116 beziehungsweise 45 gesunken. Diese Entwicklung könne die Opposition ruhig anerkennen, meinte Engel und forderte einen kommunalen „Mentalitätswechsel: weg von der Verschuldungspolitik, hin zu einem Masterplan zur Wiedererlangung der finanziellen Handlungsfreiheit“.

„Wäre weiter nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz verfahren worden, das Sie bei Ihrem Regierungsantritt übernommen haben, wäre

„Wer dem Bürger mehr Sicherheit bieten will, schafft das nur, wenn er mehr Polizeibeamte auf die Straße bringt“, sagte **Horst Engel** (FDP). Seit 2005 sei die Ausstattung der Polizei weitreichend verbessert worden. Allein im Haushalt 2009 würden entsprechende Ausgaben um 125 Millionen auf 2,5 Milliarden Euro steigen.

Für „desaströs“ hielt **Monika Düker** (Grüne) die „Leistungsbilanz“ des Innenministers. Nach wie vor habe es die Landesregierung nicht geschafft,



Fotos: Schälte

Andreas Becker (SPD)

Bodo Löttgen (CDU)

Horst Engel (FDP)

Horst Becker (Grüne)

Innenminister
Dr. Ingo Wolf (FDP)

Wirtschaftsministerin **Christa Thoben** (CDU) sagte zu, das Landesplanungsgesetz noch in dieser Legislatur vorzulegen. Beim Landesentwicklungsplan bedürfe es hingegen noch einer Beteiligung der Regionalräte. Mit Blick auf die Rohstoffsicherung unterstrich sie die Festschreibung von zwei Mal 15 Jahren Planungsfrist.

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ

„Einen nahezu unglaublichen Raubzug durch die Kassen der Städte und Gemeinden“, schrieb **Andreas Becker** (SPD) der Landesregierung zu. Seit dem Regierungswechsel 2005 seien die Kommunen mit über 1,8 Milliarden Euro belastet worden. Nun gehe die Landesregierung an das Fundament des Finanzausgleichs: „Der Verbundsatz beträgt formal zwar noch 23 Prozent, aber 1,17 Prozentpunkte davon gewähren Sie als pauschalen Ausgleich für erwartete Überzahlungen der Kommunen im Rahmen der Einheitslasten.“

Mit einem Verbundbetrag von 7,973 Milliarden Euro, so hielt **Bodo Löttgen** (CDU) der Oppositionskritik entgegen, stehe den Kommunen, Kreisen und Landschaftsverbänden die höchste Zuweisung in der Geschichte des Landes zur Verfügung. Das sei das Gegenteil von „gekürzt“ und „gestrichen“. Die rot-grüne Vorgängerregierung dagegen habe „permanent versucht, das System der Gemeindefinanzierung durch zu hohe Steuerschätzungen und darauf basierenden Überzahlungen durch die Kommunen gesundzubeten“.

„Nicht kleinreden“ wollte **Horst Engel** (FDP) die verbesserte Finanzsituation vieler Kommunen. Hätten sich 2005 noch 197 Kommunen in der Haushaltssicherung und weitere 115 im Nothaushalt befunden, so seien diese Zahlen

heute jede Kommune deutlich besser gestellt“, rechnete **Horst Becker** (Grüne) der Landesregierung vor und bezifferte die Differenz auf 1,3 Milliarden Euro. Auch bei der Frage der Solidarlasten handle die Landesregierung „kommunalfeindlich“. Über einen fiktiven Einnahmeausfall des Landes versuche sie zu begründen, warum die Kommunen an diesem Einnahmeausfall zu beteiligen seien, erklärte Becker.

„Das Gemeindefinanzierungsgesetz kann sich sehen lassen“, meinte Innenminister **Dr. Ingo Wolf** (FDP), denn es sei für Kommunen „eine echte Hilfe“ und bedeute eine Abkehr von „rot-grüner Kreditierungspolitik“. Der Ausgleichsatz von 90 Prozent sei bundesweit einmalig. An die verschuldeten Kommunen appellierte Wolf, all das zu tun, was zur Konsolidierung möglich sei. Dafür gebe es die Vorschläge der Gemeindeprüfungsanstalt. „Wir werden auch in der Zukunft für einen fairen und gerechten Finanzausgleich sorgen“, versprach der Innenminister.

INNEN- UND VERWALTUNGSSTRUKTURREFORM

Der Etatentwurf, so erklärte **Karsten Rudolph** (SPD), sei ein „reichlich trostloser Ausblick auf das begonnene Jahr“. Die wichtigste Entscheidung der schwarz-gelben Landesregierung bestehe im Abbau von 790 Planstellen bei der Polizei. Die Zahl der verbeamteten Polizistinnen und Polizisten falle deutlich unter 40.000 Personen.

Die öffentliche Sicherheit habe für die Landesregierung und die Regierungsfractionen absolute Priorität, unterstrich **Theo Kruse** (CDU). Die Landesregierung habe dafür gesorgt, dass eine moderne Verwaltung diese Aufgabe effektiver bewältige als zuvor. Die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei werde derzeit verdoppelt.

die Polizei zukunftsfähig auszugestalten. „Anstatt eine vernünftige Polizeistrukturreform auf den Weg zu bringen, schreit die CDU-Fraktion nach mehr Videoüberwachung“, so Düker.

„Mehr fahnden statt verwalten!“ – Dieses Motto nehme die Landesregierung ernst, erklärte Innenminister **Dr. Ingo Wolf** (FDP). Der Gesamthaushalt seines Ministeriums wachse in diesem Jahr um 187 Millionen auf 4,566 Milliarden Euro. Das zeige: „Wir werden der innenpolitischen Verantwortung mit Augenmaß gerecht.“

SPORT

„Von einem großen Wurf kann nicht die Rede sein“, meinte **Hans-Theodor Peschkes** (SPD) mit Blick auf den Sportetat und kritisierte das Programm, mit dem die Landesregierung 1.000 Vereine mit je 1.000 Euro fördere. Sein Appell: „Setzen Sie diese eine Million Euro zielgerichtet für die Nachwuchsförderung ein!“

„Wir wollen, dass das Geld direkt an die Vereine und nicht irgendwo in der Landessportbundbürokratie verloren geht“, entgegnete **Holger Müller** (CDU). „Ich selbst war 33 Jahre Mitglied eines Vereinsvorstandes. Wir haben uns über jeden Tausender für die Sport- und Jugendförderung gefreut.“

Mit insgesamt 54,7 Millionen Euro seien CDU und FDP in der Sportförderung klar aufgestellt, betonte **Christof Rasche** (FDP) und nannte Projekte wie die verbesserte Einbindung von Sportvereinen in die Ganztagschulen. Nordrhein-Westfalen sei das Sportland Nummer eins in Deutschland, und werde dies auch bleiben.

„Der Sport in Nordrhein-Westfalen steht nicht so gut da, wie er könnte“, sagte dagegen **Andrea Asch** (Grüne). Sportminister Wolf kürze dem Landessportbund weitere Mittel und auch beim

Schulsport handle die Landesregierung nicht. Daher gebe es viele Gründe, den Haushaltsentwurf abzulehnen.

Die Landesregierung setze in der Sportförderung richtige Schwerpunkte, unterstrich Sportminister **Dr. Ingo Wolf** (FDP). Die Landesregierung sei der festen Überzeugung, dass die finanzielle Vereinsförderung vor Ort „richtig und wichtig“ sei. Auch den Schulsport hätten CDU und FDP in den landespolitischen Fokus genommen.

STAATSKANZLEI UND EUROPA-ANGELEGENHEITEN

Eine Verschiebung in Richtung Benelux stellte **Wolfram Kuschke** (SPD) in der Europapolitik fest. Diese müsse durch Projekte wie den „Eisernen Rhein“ untermauert werden. Zudem forderte er, die „Europafähigkeit“ von Landesregierung, Landtag und Kommunen zu verbessern, was stärkere Rechte für das Parlament bedeute.



Ilka von Boeselager (CDU) begrüßte die „Verschlankung“ der Verwaltung im Bereich der Staatskanzlei. Die von der SPD geforderten weitergehenden Kürzungen gefährdeten die wissenschaftliche Zuarbeit. Mit Blick auf Europa unterstützte auch sie die Zusammenarbeit mit den Beneluxstaaten.

Die Bedeutung der europäischen Währungsunion in Zeiten der Krise stellte **Dietmar Brockes** (FDP) in den Mittelpunkt. Das EU-Konjunkturprogramm habe richtige Impulse gegeben, allerdings müsse die lokale und regionale Ebene stärker betont werden. Außerdem seien jetzt bürokratische Hürden abzubauen.

Sylvia Löhrmann (Grüne) wandte sich gegen die terminliche Zusammenlegung von Europa- und Kommunalwahlen. Europa und seine Friedensleistung erforderten eine Europawahl mit originärem Charakter. Löhrmann kritisierte außerdem die Personalkosten in der Staatskanzlei von Ministerpräsident Rüttgers.

Die kritisierten Ausgaben, erklärte Europa-minister **Andreas Krautscheid** (CDU), betreffen vor allem den Kulturbereich. Ohne diesen sinke der Etat des Ministerpräsidenten um 10 Millionen Euro. Um die Beteiligung an der Europawahl zu erhöhen, forderte er ein Maßnahmenpaket mit allen den Initiativen und Institutionen in NRW.

KULTUR

Über einen auf 19,5 Millionen Euro gestiegenen Kulturretat freute sich **Claudia Nell-Paul** (SPD). Allerdings sei zu berücksichtigen, dass von dieser Summe zwölf Millionen Euro ausschließlich für Großprojekte vorgesehen seien. Viel stärker müsse sich die Landesregierung deshalb um die kommunale Kulturförderung kümmern.

„Wie geht man eigentlich in Krisenzeiten mit einem Kulturretat um?“, fragte Prof. Dr. **Thomas Sternberg** (CDU) und lieferte die Antwort gleich mit. Der Kulturretat zeige, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen verlässliche Partner der Kulturschaffenden im Land seien. „Kultur ist für uns keine Spielmasse“, so Sternberg.

Mit dem vorgelegten Etat, so meinte **Angela Freimuth** (FDP), komme die Koalition ihrer Zusage wieder ein Stückchen näher, den Kulturförderetat bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Gerade in Rezessionsphasen solle die Kultur nicht beschnit-

Thomas Jarzombek (CDU) hielt die Kritik der SPD für niveaulos. „Es gab seit vielen Jahren nicht mehr so viel Geld für die Medienpolitik wie jetzt“, so das Urteil des Christdemokraten. Die Landesregierung engagiere sich unter anderem für die Filmförderung, für die neuen Medien und für die Breitbandförderung im ländlichen Raum.

„Es ist unser Ziel“, erklärte **Ralf Witzel** (FDP), „die Medien- und Kommunikationsbranche als Beschäftigungs- und Innovationsmotor bestmöglich zu nutzen.“ Deshalb begrüße seine Fraktion, dass der Gesamtansatz des Haushaltskapitels „Medien und Telekommunikation“ um 1,8 Millionen Euro auf 21,7 Millionen Euro angewachsen sei.

Unglücklich zeigte sich **Oliver Keymis** (Grüne), was den Umgang der Landesregierung mit der Filmstiftung NRW betreffe. Sie stelle „das Juwel der Medienpolitik“ in Nordrhein-Westfalen dar und werde dennoch von der schwarz-gelben Landesregierung nicht angemessen gewürdigt.

ten werden, da sie Hoffnungsträgerin „für eine schnelle wirtschaftliche Gesundung“ sei.

Die kulturelle Vielfalt in den Kommunen müsse durch Hilfen des Landes geschützt werden, fand **Oliver Keymis** (Grüne). Die Kommunen seien aufgrund ihrer haushalterischen Situation nicht in der Lage, ihr Kulturangebot aufrechtzuerhalten. „Wir diskutieren viel über Rettungsschirme. Da sollte man Kultur nicht außen vor lassen.“

Für die Landesregierung zeigte sich Minister **Andreas Krautscheid** (CDU) überzeugt: „In der Kulturförderung eingesetztes Geld ist gut angelegt!“ Beispielhaft nannte er das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“. Im nächsten Schuljahr würden 73 Prozent aller Schulanfängerinnen und Schulanfänger die Chance erhalten, ein Musikinstrument zu erlernen.

MEDIEN

An den Hollywoodspielfilm „Und täglich grüßt das Murmeltier“ fühlte sich **Marc Jan Eumann** (SPD) in der Debatte erinnert. Wieder einmal habe sich die Landesregierung nicht in der Medienpolitik engagiert. So sei der Medienetat 2005 drastisch gekürzt worden und könne im Haushalt 2009 lediglich „ein kleines Plus“ vorweisen.

Nicht nachvollziehen konnte Medienminister **Andreas Krautscheid** (CDU) die Kritik seiner Vorredner. NRW sei auf dem besten Weg, „zu einem tollen Kinoland zu werden“. Über die NRW.Bank seien im vergangenen Jahr 10 Millionen Euro für Filmförderung geflossen. Die Medienpolitik in NRW habe viele Erfolge zu verzeichnen.

INNOVATION UND TECHNOLOGIE, WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Die Wissenschafts- und Hochschulpolitik der Landesregierung gehe in die falsche Richtung, kritisierte **Dr. Anna Boos** (SPD). Es seien nicht genügend neue Studienplätze geschaffen worden, und beim Hochschulbau herrsche „Investitionsstau“. Es sei abzulehnen, diesen aus Studiengebühren zu bezahlen.

Lob für den Innovationsbericht 2008 äußerte **Bodo Löttgen** (CDU). Der Bericht zeige den Erfolg der Landesregierung, die Innovationsfähigkeit zu steigern und durch stabile Vorgaben eine „zukunftssichere Plattform“ zu schaffen, um Nordrhein-Westfalen bis 2015 zum Innovationsland Nummer eins zu machen.

Der Haushaltsentwurf 2009 stelle „auch künftig exzellente Rahmenbedingungen für Innovation, Forschung, Lehre und Studium“ bereit, meinte **Christian Lindner** (FDP). Dies werde erreicht durch eine Erhöhung der Finanzmittel, den Ausbau von Fachhochschulen und ein Stipendienprogramm.

Dr. Ruth Seidel (Grüne) warf der Landesregierung vor, zwar die Forschung zu stärken, aber die Lehre zu vernachlässigen. Sie forderte, die nötige Sanierung und den Ausbau der Hochschulen mit zusätzlich 300 Millionen Euro im Haushalt zu verankern und nicht mit Studiengebühren „das Loch in der Lehre zu stopfen“.

Zufrieden mit dem Haushaltsentwurf zeigte sich **Prof. Andreas Pinkwart**, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (FDP). Die Zuschüsse an die Hochschulen seien überdurchschnittlich um 3,8 Prozent gestiegen. Das Land sei dabei, den Sanierungsstau an den Hochschulen aufzulösen.

Meinung hätten auch Fachleute in öffentlicher Anhörung vertreten. Minister Wittke sei in der Wohnungspolitik „mit der Abrissbirne übers Land gezogen“.

In der Wohnungs- und Städtebaupolitik habe die Landesregierung „kräftig draufgelegt“, meinte Bauminister **Oliver Wittke** (CDU). Allein zur Städtebauförderung von 114,1 Millionen Euro kämen noch einmal 5,1 Millionen Euro an Landesmitteln hinzu. Diese Politik sei an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

VERKEHR

Wer künftig Staus vermeiden wolle, müsse jetzt die richtigen Weichen stellen, fand **Bodo Wißen** (SPD) und vermisste Maßnahmen der Landesregierung. Auch die Situation im Bus- und Bahnverkehr sei „weiterhin ein Riesenproblem“, denn die Kürzungen der Regionalisierungsmittel seien „immer noch nicht aufgefangen“.

ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG UND HAUSHALTSGESETZ

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD) sah die Verschuldung trotz Steuermehreinnahmen auf „historischem“ Höchststand. Im Kontext der Umsetzung des Konjunkturpakets forderte er eine rasche Einigung im Tarifkonflikt des Öffentlichen Dienstes. Der Regierung warf er vor, durch Entlassungen Steuerprüfungen zu gefährden.

Mit Lob reagierte **Bernd Krückel** (CDU) auf den fraktionsübergreifenden Antrag zur Bedeutung der Finanzverwaltung und unterstrich, dass diese durch Neueinstellungen im mittleren Dienst gestärkt werde. Zugleich bedauerte er, dass das Ziel administrierbarer Steuergesetze häufig an Vorlagen des Bundesfinanzministers scheitere.

Auf die Belastungen für den Landeshaushalt durch die wirtschaftliche Krise wies **Angela Freimuth** (FDP) hin. Die Risiken könnten durch die bisherigen Erfolge bei der Konsolidierung des Lan-



Fotos: Schälte

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD)

Bernd Krückel (CDU)

Angela Freimuth (FDP)

Johannes Rimmel (Grüne)

Finanzminister
Dr. Helmut Linssen (CDU)

STÄDTEBAU UND WOHNEN

„Mehr als eine halbe Milliarde Euro hat Minister Wittke der Wohnungsbauförderungsanstalt entzogen und dem Finanzminister zur Verfügung gestellt“, sagte **Monika Ruff-Händelkes** (SPD) und meinte kritisch: „Der Ausverkauf der Wohnungspolitik in NRW dürfte bald abgeschlossen sein.“ Das sei keine sozial verantwortliche Politik.

„Im Einzelplan haben wir 4,5 Prozent mehr an Finanzmitteln, um Dinge zu machen, die wirklich getan werden müssen“, entgegnete **Bernhard Schemmer** (CDU). Beispielhaft nannte er die Stadterneuerung und die Finanzierung des Wohngeldes. Wohngeldbezieher bekämen jetzt im Durchschnitt 140 statt 100 Euro.

Einen Schwerpunkt der schwarz-gelben Wohnungspolitik sah **Christof Rasche** (FDP) im Wohnungsbauförderungsprogramm, das nun auf 950 Millionen Euro aufgestockt sei. Außerdem sei zu begrüßen, dass der Etatentwurf 2009 auch der Neuorganisation des Grundstücksfonds ein großes Stück näherkomme.

„Das, was Sie mit dem Wohnungsbauförderungsvermögen machen, ist mieterfeindlich, mittelstandsfeindlich und schädlich für die Konjunktur“, kritisierte **Horst Becker** (Grüne). Diese

„Der Haushalt ist eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung aller Verkehrsträger“, argumentierte **Bernd Schulte** (CDU). Insgesamt stünden beispielsweise 70 Millionen Euro für den Bau neuer Landesstraßen zur Verfügung und für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) seien 1,42 Milliarden Euro vorgesehen.

„Allein für die Erhaltung der Landesstraßen stellt das Land 80 Millionen Euro zur Verfügung“, lobte **Christof Rasche** (FDP) den Entwurf und hob außerdem den im Dezember unterzeichneten Masterplan zum Ausbau der Bahninfrastruktur hervor. Dieser sei ein Meilenstein für den Schienenverkehr in Nordrhein-Westfalen.

„Was tun Sie für den ÖPNV?“, fragte **Horst Becker** (Grüne) die Landesregierung. Diese habe den Kürzungsdruck bei den Regionalisierungsmitteln vom Bund an die kommunalen Verkehrsverbände weitergeleitet und steigende Fahrpreise verursacht. „Das ist eine absolut desaströse Verkehrspolitik“, so Becker.

„Wir werden mehr als eine Milliarde Euro in den Ausbau, Neubau und die Instandsetzung der Autobahnen investieren“, kündigte Verkehrsminister **Oliver Wittke** (CDU) an. Außerdem wolle die Landesregierung Bahnhöfe für über 400 Millionen Euro „in Ordnung bringen“. Wittkes Fazit: „Die Verkehrspolitik hat Fahrt aufgenommen.“

deshaushalts abgedeckt werden. Ohne Vorsorgeleistungen hätte man das Haushaltsjahr 2008 mit einem Überschuss abgeschlossen.

Johannes Rimmel (Grüne) bewertete die Schuldenaufnahme bei gleichzeitigen Steuermehreinnahmen als „Bankrotterklärung“. Er setzte sich für eine Konjunkturinitiative des Landes ein und befürchtete eine verzögerte Umsetzung des Konjunkturpakets II des Bundes. Die Mittel für die Steuerprüfung müssten erhöht werden, so Rimmel.

Finanzminister **Dr. Helmut Linssen** (CDU) wandte sich gegen eigene Konjunkturprogramme und unterstrich im Gegenzug die um 415 Millionen Euro erhöhten Leistungen für Kommunen. Mit Blick auf die Tarifverhandlungen ergänzte Linssen, die Regierung wolle bemüht bleiben, das Tarifergebnis für die Beamten eins zu eins umzusetzen.

SCHULE UND WEITERBILDUNG

„Der Haushalt“, so **Ute Schäfer** (SPD), sei ein „Produkt für das Phantasialand“. Das Wahlversprechen kleinerer Klassen habe die Ministerin inzwischen einkassiert, außerdem trickte die Regierung mit „virtuellen Lehrern“, die nur auf dem Papier stünden. In der Weiterbildung seien 13,5 Millionen Euro gekürzt worden.

Klaus Kaiser (CDU) verkündete die „frohe Botschaft“, dass man in NRW immer mehr Geld für die Bildung ausbeute und damit jungen Menschen Chancen eröffne. Mit dem Schulgesetz, das auf individuelle Förderung setze, habe Nordrhein-Westfalen eine bundesweite Vorreiterrolle.

Man stehe vor der Verabschiedung des größten Bildungshaushalts aller Zeiten in NRW, sagte **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP). Der Etat in Höhe von rund 13,5 Milliarden Euro mache mehr als ein Viertel des gesamten Landeshaushalts aus. Ihre Fraktion stehe für ein ganzheitliches Bildungsverständnis.

Sigrid Beer (Grüne) verwies darauf, dass es um tatsächlich besetzte und nicht um ausgeschriebene oder virtuelle Lehrstellen gehe. Sie kritisierte eine verfehlte Schulpolitik, deren Scherben die

sei der Bildungsscheck ein „Renner der nordrhein-westfälischen Arbeitsmarktpolitik“.

Barbara Steffens (Grüne) gab zu bedenken, dass Langzeitarbeitslose in der Krise noch schlechtere Chancen hätten. Angesichts vermehrt erfolgreicher Klagen gegen Hartz-IV-Sätze sei es zynisch, die Arbeitslosenzentren zu schließen. Außerdem sei das Programm zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen gestrichen worden.

Als Schwerpunkte seiner Politik nannte Arbeitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU) die Ausbildung und nachhaltige Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Er könne zwar keine Arbeitsplätze schaffen, aber einen Beitrag leisten zur Chance auf Bildung, Qualifizierung und Teilhabe an Arbeit.

die Politik für Menschen mit Handicaps. Die Landesregierung versuche quer durch die Ressorts, die Lebensbedingungen dieser Menschen zu verbessern. „Die Menschen können unserer Politik vertrauen“, so sein Fazit.

GENERATIONEN UND FAMILIE, KINDER UND JUGEND

Viele Themenfelder in diesem Haushaltsplan, sagte **Wolfgang Jörg** (SPD), seien von dem Brandmal „Privat vor Staat“ betroffen. Das Land habe sich fast komplett aus der Finanzierung der Investitionen für Kindertageseinrichtungen zurückgezogen. Außerdem lasse die Landesregierung Jugendliche komplett allein.



Koalition nun versuche zusammenzukehren. „Sie versammeln Unsummen“, so Beer. „Sie behindern die Chancen der Kinder.“

Im Vergleich zum letzten rot-grünen Haushalt 2005 gebe die jetzige Landesregierung 700 Euro mehr pro Kind aus, sagte Schulministerin **Barbara Sommer** (CDU). Es gebe deutlich mehr Lehrkräfte, auch für den Ausbau der Ganztagschulen. Den Weiterbildungsträgern wolle man Planungssicherheit geben.

ARBEIT UND BERUFLICHE WEITERBILDUNG

Der Haushalt, so **Rainer Schmeltzer** (SPD), bestätige die Untätigkeit und Passivlinie des Arbeitsministers, der nicht schützend an der Seite der Menschen, sondern an der Seite des Finanzministers stehe. Unter anderem sei die Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik um 3,9 Millionen Euro gekürzt worden.

Peter Brakelmann (CDU) stellte den 288 Milliarden schweren Haushaltstitel unter das Ziel der Konsolidierung. Außerdem brauche man 90 Prozent des Geldes, um die geltenden Gesetze zu vollziehen. Trotzdem trage man mit dem Haushalt dazu bei, „dass die Jugendlichen von heute nicht die Hartz-IV-Empfänger von morgen sind“.

Das Ziel der Haushaltskonsolidierung betone auch **Dr. Stefan Romberg** (FDP). Die Aufmerksamkeit gelte inhaltlich vor allem den benachteiligten Jugendlichen und dem lebenslangen Lernen. So

GESUNDHEIT UND SOZIALES

Eine „Diskrepanz zwischen Reden und Tun“ machte **Heike Gebhard** (SPD) in der Sozialpolitik aus. Sie fragte, warum es sich nicht im Etat wiederfinde, dass der Minister Behindertenpolitik als „Königsdisziplin der Sozialpolitik“ bezeichne. Bei Mitteln für Krankenhausinvestitionen habe er nicht einmal das Niveau des Vorjahrs gehalten.

Die demographische Entwicklung, so **Ursula Monheim** (CDU), bringe besonders in den Bereichen Gesundheit und Soziales große Herausforderungen mit sich. Der Haushalt berücksichtige dies und setze sogar neue Akzente. Er spiegle außerdem die besondere Bedeutung der Behindertenpolitik wider.

Dr. Stefan Romberg (FDP) stellte den Ausbau und die Weiterentwicklung der Prävention als zentrale Aufgabe heraus. Gerade für die Gesundheit von Mutter und Kind, bei der Sturzgefahr älterer Menschen und bei den Themen Aids und Drogen sei die Prävention wichtig.

Als die drei Prinzipien der Landesregierung, die sich quer durch den Haushaltsplan 2009 zögen, nannte **Barbara Steffens** (Grüne): „Kommunalisierung statt Verantwortung übernehmen“, „Selbsthilfe soll sich selber helfen!“ und den Verzicht auf Zielgruppenansätze wie etwa die Geschlechterdifferenzierung.

„Ein zentraler Punkt auch im Haushalt 2009“, sagte Sozialminister **Karl-Josef Laumann** (CDU), sei

Demgegenüber beschrieb **Marie-Theres Kastner** (CDU) den Haushalt „als Zeichen dafür, dass wir das, was wir versprochen haben, auch wirklich umsetzen“. Es gebe mehr Geld für die Erziehung und die frühe und individuelle Förderung, für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren und mehr Wahlfreiheit für Eltern.

Christian Lindner (FDP) betonte, dass es heute gerechter zugehe als unter der Vorgängerregierung, und benannte das Kinderbildungsgesetz als Beispiel. Der Jugendförderplan sei auf 80 Millionen und der Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit auf 25,7 Millionen Euro erhöht worden.

Die Landesregierung lasse die Familienzentren zur Makulatur werden, kritisierte **Andrea Asch** (Grüne). Zudem sei die Deckelung der Betreuungsplätze für unter Dreijährige im Haushalt nicht bedarfsgerecht. Die 1,18 Milliarden Euro, die im Haushalt stünden, sagten nichts über die Qualität aus, die damit erfüllt werde.

Eine der zentralen Aufgaben, sagte Familienminister **Armin Laschet** (CDU), bleibe NRW zum kinderfreundlichsten Land zu machen. Mit einem Etat von 1,23 Milliarden Euro für die Kindertagesstätten habe man schon zum zweiten Mal die Milliardenobergrenze überschritten. Für die Sprachförderung gebe es heute viermal so viel Geld wie 2005.

FRAUEN

Gerda Kieninger (SPD) warf der Regierung vor, dass Frauenpolitik so gut wie gar nicht stattfinde. Für

Opferschutz, Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser forderte sie die Bereitstellung notwendiger Mittel, da diese Einrichtungen „mit dem Rücken an der Wand stehen“.

Als „solide Grundlage für den frauenpolitischen Bereich“ bezeichnete **Maria Westerhorstmann** (CDU) den Haushaltsentwurf. Schwerpunkte lägen in den Bereichen Gleichstellung, Integration, Opferschutz sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Viele Projekte würden weiter unterstützt und es kämen auch neue Akzente hinzu.

Angela Freimuth (FDP) betonte, dass es in NRW trotz notwendiger Kürzungen weiter eine flächendeckende Schutz- und Beratungsstruktur gebe. Die Einrichtungen würden weiterhin konsequent unterstützt. Die Förderung sei auf unterschiedliche Ressorts verteilt, da es sich um Querschnittsaufgaben handle.

Angesichts steigender Kosten forderte **Barbara Steffens** (Grüne), mehr Mittel für die Beratungsstrukturen und die Wiedereinführung der gestrichenen zweiten Fachkraftstelle in Frauenhäusern bereitzustellen. Der Frauenhaushalt müsse weiterhin einen Nachteilsausgleich sicherstellen; er sei kein „Sahnehäubchen“.

Frauenminister **Armin Laschet** (CDU) widersprach dem Vorwurf, dass „Frauenpolitik ins Abseits geraten“ sei. Gleichstellung sowie

Integration, betonte **Christian Lindner** (FDP), sei eine Querschnittsaufgabe, für die quer durch die Ressorts insgesamt 442 Millionen Euro bereitstünden. Mit diesem Haushaltsentwurf Sorge die Landesregierung dafür, dass Nordrhein-Westfalen bei der Integration bundesweiter „Tempomacher“ bleibe.

Andrea Asch (Grüne) kritisierte, dies sei kein Haushalt, der zeige, dass es die Landesregierung mit der Integrationsförderung wirklich ernst meine. Insgesamt liege man nur noch bei drei Millionen Euro. Die Eine-Welt-Politik bezeichnete sie als „Stiefkind in diesem Hause“.

Die Integrationspolitik stehe finanziell auf einer stabilen Grundlage, versicherte hingegen Integrationsminister **Armin Laschet** (CDU). Der Haushaltsplan 2009 sichere die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Programme. Bei der internationalen Zusammenarbeit sei man Impulsgeber für andere Bundesländer.

UMWELT UND NATURSCHUTZ, VERBRAUCHERSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT

Der Umweltschutz, kritisierte **Svenja Schultze** (SPD), sei wieder Steinbruch für die Haushaltssanierung. Es sei sogar so weit gekommen, dass der Wald in

etwa an Mitteln für den Lärmschutz sowie für „einen breiten Schirm über das Naturerbe“.

Als seine Leitlinien nannte **Eckhard Uhlenberg**, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (CDU), Sicherheit und Verlässlichkeit. Der Haushaltsplan schaffe Investitionsanreize etwa für den ländlichen Raum. Die amtliche Lebensmittelkontrolle funktioniere, und auch beim Thema Wasser sei NRW sehr gut aufgestellt.

JUSTIZMINISTERIUM

„Dringenden Handlungsbedarf“ sah **Frank Sichau** (SPD) mit Bezug auf die Drogenhilfe im Strafvollzug. Obwohl von bis zu 55 Prozent Suchtkranken im Strafvollzug die Rede sei, habe der Justizhaushalt „nach dem Kahlschlag bei den Suchtkrankenhilfestellen im Gesundheitshaushalt“ nur einen Teilausgleich geleistet.

„Wir modernisieren die Justiz, und wir kämpfen aktiv gegen Kriminalität“, erklärte **Harald Giebels** (CDU) für seine Fraktion. Seit dem Regierungswechsel seien 450 neue Stellen im Justizvollzug geschaffen worden. Außerdem seien zurzeit Bauprojekte mit einem Gesamtvolumen von einer halben Milliarde Euro in Arbeit.



Fotos: Schälte

Frank Sichau (SPD)

Harald Giebels (CDU)

Dr. Robert Orth (CDU)

Monika Düker (Grüne)

Justizministerin
Roswitha Müller-Piepenkötter (FDP)

Schutz- und Hilfsangebote für Frauen seien politische Schwerpunkte. Für Programme gegen Gewalt stünden im Haushaltsjahr 2009 rund 11,7 Millionen Euro zur Verfügung.

INTEGRATION UND EINE-WELT

Als „absolut enttäuschend“ empfand **Angela Tillmann** (SPD) den Etatentwurf zur Integration. 2009 stünden rund 1,2 Millionen Euro weniger zur Verfügung. Gegenüber dem Jahr 2005 gebe es sogar rund 17 Millionen Euro weniger Finanzmittel für die Integration zugewanderter Menschen.

Michael Solf (CDU) sprach von einer „Optimierung der Ausgaben“ und einem Etatentwurf, der die vorhandenen Mittel mit einem Höchstmaß an Effizienz verwende. Das reiche zwar noch nicht, sei aber „unendlich viel mehr“ als die rot-grüne Vorgängerregierung für die Integration geleistet habe.

Nordrhein-Westfalen verkauft werden müsse. Mit den Verbraucherzentralen habe die Regierung einen faktischen Kürzungsplan vereinbart.

Marie-Luise Fasse (CDU) entgegnete, der Sparkurs habe 2009 im Umweltbereich seine Grenzen gefunden. So werde der Etat für Hochwasserschutz und auch für naturnahe Gewässergestaltung im Haushaltsentwurf um 13,5 Millionen Euro, der für Naturschutz auf 15,2 Millionen Euro erhöht.

Umweltschutz sei ein zentrales Thema dieser Landesregierung, unterstrich **Holger Ellerbrock** (FDP). Mit Rücksicht auf nachfolgende Generationen sei der Umweltschutz von einer Milliarde auf 750 Millionen Euro heruntergefahren worden, um Schulden abzubauen. Vorgaben aus Brüssel und Berlin wolle man eins zu eins umsetzen.

Den Umwelt- und Klimaschutz sah **Johannes Rimmel** (Grüne) als eine der Schwachstellen der Regierung. So, wie der Etat gestrickt sei, sei die Zukunft im Bereich Umwelt, Landwirtschaft, Verbraucherschutz nicht zu gewinnen. Es fehle

„Wir haben uns entschlossen, die elende Unterversorgung mit Plätzen in den Justizvollzugsanstalten zu beenden. Wir fangen an zu bauen“, hob **Dr. Robert Orth** (FDP) hervor und verwies zugleich auf neue Stellen für Richter und Staatsanwälte zur Bekämpfung von Jugendkriminalität: „Wir reagieren auf die Probleme“, so sein Fazit.

„55 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte – das ist zwar ein Tropfen auf den heißen Stein, aber es kommt in der Justiz sehr positiv an“, meinte **Monika Düker** (Grüne). Allerdings müsse mehr gegen den hohen Krankenstand bei den Justizbediensteten und gegen das Drogenproblem unter Gefangenen unternommen werden.

„Die Bekämpfung der Jugendkriminalität ist ein Kernanliegen“, verdeutlichte Justizministerin **Roswitha Müller-Piepenkötter** (CDU). Die Schaffung neuer Stellen gebe der Justiz notwendigen Raum für Maßnahmen. Außerdem setze die Landesregierung seit 2007 fast 40 Prozent mehr Mittel für Drogenberatung im Strafvollzug ein.

Im Blickpunkt der Öffentlichkeit: Die Haushaltsdebatte
Fotos: Schälte

Große Debatte ums große Geld

Regierung und Opposition in der dritten Lesung des Etats

11. Februar 2009 – „NRW stürzt ab“, „Regierungsverweigerung“, so die Opposition in der abschließenden Generaldebatte zum Haushalt. „Nordrhein-Westfalen handelt bundesweit vorbildlich“, schallte es aus dem Regierungslager zurück. Trotz teilweiser Übereinstimmung in der Analyse der aktuellen Wirtschaftskrise bot die dritte Lesung zum Haushalt 2009 die Gelegenheit, sich über unterschiedliche Lösungswege, aber auch über die grundlegende Ausrichtung in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik streitig auseinanderzusetzen.

„Reine Makulatur“, so die Bewertung von Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, zum vorliegenden Haushalt. Trotz 7,5 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen von 2005 bis 2008 steige die Neuverschuldung auf die „Rekordsumme“ von 120,5 Milliarden Euro – „und das Ende ist immer noch nicht erreicht“. NRW sei 2008 wieder zum Nehmerland im Länderfinanzausgleich geworden. All dies, obwohl ein eigenes Konjunkturprogramm des Landes fehle. Die Wirtschaftskrise – auch eine „Vertrauenskrise“ gegenüber der Politik – lasse sich laut Kraft nur dadurch überwinden, dass Grundorientierungen korrigiert würden. Man müsse verhindern, dass trotz Defizit weiter Bonuszahlungen an Manager gezahlt würden. Ebenso müsse die steuerliche Abzugsfähigkeit von deren Gehältern und Abfindungen begrenzt werden. Und schließlich sei die

Haftung für Fehlentscheidungen der Unternehmensleitungen zu verstärken. Wie bei den „unanständig hohen Einkommen“ verlangte Kraft auch Nachbesserungen bei „unanständig niedrigen Einkommen“. Zum Beispiel müssten Mindestlöhne für Leih- und Zeitarbeiter eingeführt werden. Insgesamt trat Kraft für grundlegende Strukturveränderungen zur Verbesserung der Lage von Mittelstand und Handwerk ein. Die „Ziel-2-Förderung“ (von Mittelstand und Handwerk) sei zu langsam und zu kompliziert, der Bürokratieabbau habe noch nicht richtig begonnen, so ihre Kritik an der gegenwärtigen Regierung. Diese habe zudem den Kommunen rund 1,8 Milliarden Euro „weggenommen“. Außerdem seien im „angeblichen“ Schwerpunkt Kinder und Bildung die Haushaltsmittel nicht real erhöht worden. Und die Streichung der Hilfen für Obdachlose

spotte jeder Beschreibung. Vor dem Hintergrund der Krise in Wirtschaft und Gesellschaft der Appell der Oppositionsführerin zu parteiübergreifendem Handeln: „Lassen Sie uns gemeinsam neue Chancen schaffen.“

„Maßlos unseriös“ fand Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, die Forderungen und die Kritik der SPD-Fraktion. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen würde in Zeiten der Finanzkrise vielmehr interessieren, „was mit Wirtschaft, mit Arbeitsplätzen und mit Wohlstand passiert“. Die schwarz-gelbe Landesregierung setze alles daran, die Folgen der Krise zu bewältigen, betonte der Christdemokrat. Als „Koalition der Erneuerung“ hätten CDU und FDP schon frühzeitig Tatkraft gezeigt und entsprechende Maßnahmen wie etwa den Risikoschirm für die Westdeutsche Landesbank auf den Weg gebracht. So leiste Nordrhein-Westfalen einen Gesamtbeitrag von über sieben Milliarden Euro, um die Krise abzufedern. Dies sei eine „verdammte große Summe“, meinte Stahl und fand zugleich, Nordrhein-Westfalen handle bundesweit vorbildlich. Wer Verantwortung für das Land tragen wolle, müsse Finanz-, Wirt-



Hannelore Kraft (SPD)

schafts-, Bildungs- und Führungskompetenz unter Beweis stellen, so sein Credo. Während die Regierungskoalition von CDU und FDP diese Kompetenzen vereine, präsentiere sich die SPD „führungslos, orientierungslos und chancenlos“, erklärte Stahl. Die Opposition versuche nur, „durch das Land zu ziehen und Ängste zu schüren“, doch mit dieser Kritik beispielsweise am Sparkassengesetz oder am Kinderbildungsgesetz hätten die Sozialdemokraten versagt. Die CDU dagegen als Repräsentantin der Sozialen Marktwirtschaft sei „gut für Nordrhein-Westfalen“, da sie mit der Landesregierung von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers für Seriosi-

tät, Klarheit und Stabilität stehe. Jetzt komme es darauf an, die Fundamente für einen neuen Aufschwung und für neue Investitionen in die Zukunft zu gießen, sagte Stahl. „Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben uns an ihrer Seite. Wir wissen, dass die Menschen uns vertrauen“, so sein Fazit.

In der Generaldebatte, sagte FDP-Fraktionschef **Dr. Gerhard Papke**, gehe es darum, sich auszutauschen, zu diskutieren und zu debattieren über den besten Weg für die Zukunft des Landes. Die SPD habe aber die Gelegenheit verpasst, alternative Gestaltungskonzepte vorzustellen. Er sprach der SPD-Fraktion die Legitimation für ihre Forderung nach einem „wirklichen Schwerpunkt für Kinder und Bildung“ ab. Immerhin habe die SPD-geführte Vorgängerregierung geplant, ab 2005 bis zu 16.000 Lehrerstellen zu streichen. Die jetzige Landesregierung hingegen habe inzwischen „netto 6.915 zusätzliche Lehrerstellen“ geschaffen. Bei der Betreuung der Kinder unter drei Jahren habe die Landesregierung die 11.800 Betreuungsplätze unter Rot-Grün fast vervierfacht. Auch der Vorwurf, die schwarz-gelbe Regierung habe den Kommunen

regierung als nicht ausreichend: Die Menschen müssten mehr von dem in der Tasche behalten, was sie erwirtschaftet hätten.

„Nur eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft“, so **Sylvia Löhrmann**, Grünen-Fraktionsvorsitzende, „schafft Arbeitsplätze und bringt das Land auf Kurs in eine gesunde Zukunft.“ Auf all diesen Feldern habe die Landesregierung versagt und zudem – mit Blick auf die Schulden, beim Abbau der Arbeitslosigkeit, in der Bildungspolitik – zentrale Wahlversprechen gebrochen. Schon lange hätten die Grünen Investitionen in die energetische Gebäudesanierung, in die kommunale Infrastruktur, in die Hochschulen und Krankenhäuser gefordert. Jetzt schmücke sich auch die schwarz-gelbe Regierung damit. Trotzdem konstatierte Löhrmann, aus ihrer Sicht habe die Landesregierung bisher jede eigene Anstrengung zur Bekämpfung der Rezession unterlassen: „Die für die weltweite Finanzkrise hauptverantwortliche marktradikale Ideologie ist und bleibt Leitlinie der Regierung Rüttgers.“ Demgegenüber forderte die Grünen-Sprecherin, Gelder aus dem Ziel-2-Programm zu nehmen, um antirezessive Maßnahmen zu finanzieren, die energetische

„Wir schaffen das“, meinte Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers** (CDU). „Wir müssen zusammenstehen, alle Kräfte bündeln und gemeinsam gegen die Krise kämpfen“, so sein Appell. Unter anderem mit dem Rettungspaket für die Banken, mit den Konjunkturpaketen I und II und mit dem Zukunftspakt für die Kommunen sei es gelungen, ein „Gesamtkonzept“ gegen die Krise aufzustellen. Rüttgers zeigte sich sicher, dass die auf Bundes- und Landesebene beschlossenen Maßnahmen Wirkung zeigen würden. Allerdings habe die Krise gerade erst begonnen, machte er ebenfalls deutlich. Die Sicherung von Arbeitsplätzen und Unternehmensstandorten, beispielsweise bei Opel in Bochum, habe für die Landesregierung oberste Priorität. Mit Blick auf die finanziell schwierige Situation vieler Kommunen hob Rüttgers hervor, die Landesregierung stelle den Kommunen über 83 Prozent der insgesamt 2,844 Milliarden Euro für NRW aus dem beschlossenen Konjunkturprogramm zur Verfügung. Das sei im Vergleich zu den anderen Bundesländern die höchste Quote, so der Ministerpräsident. Ausdrücklich sprach er sich für eine Schuldenbremse aus, die Nordrhein-Westfalen notfalls auch ohne Unterstützung des Bundes



Helmut Stahl (CDU)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Sylvia Löhrmann (Grüne)

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)

1,8 Milliarden Euro weggenommen, sei nicht haltbar. Sowohl 2008 als auch 2009 erhielten sie mit 8 Milliarden Euro die höchste Zuweisung aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz, die es jemals gegeben habe. Ohne die freiwilligen Ausgaben in Höhe von 1,3 Milliarden Euro für die zusätzliche Risikovorsorge hätte NRW 2008 erstmals seit 30 Jahren einen Überschuss erwirtschaftet, lobte Papke den Finanzminister. Nun sei bewiesen, dass man gleichzeitig investieren und konsolidieren könne. Papke forderte ein klares Bekenntnis von der SPD, mit der Linkspartei „niemals“ zusammenzuarbeiten, und kritisierte das Konjunkturpaket der Bundes-

Sanierung (und barrierefreie sowie alterssichere Gestaltung) auch im frei finanzierten Mietwohnungsbau voranzutreiben. Mit einem Umweltwirtschaftsprogramm könnten grundlegende Weichenstellungen im Bereich der Rohstoff- und Materialeffizienz, der nachhaltigen Wasserwirtschaft, der Entsorgungs- und Abfallwirtschaft vorgenommen werden. Insbesondere kritisierte Löhrmann fehlende Hilfen für überschuldete Kommunen sowie die Verzögerung des bundespolitisch auf den Weg gebrachten Investitionspakets durch ein umständliches Nachtragsverfahren zum Landeshaushalt. Sie fragte nach: „Stimmt NRW jetzt eigentlich im Bundesrat zu?“

umsetzen wolle, „um unseren Kindern und Kindeskindern keine zusätzlichen Lasten aufzubürden“. Ebenso sei es erforderlich, über neue Regeln für den privaten wie auch den öffentlich-rechtlichen Bankensektor nachzudenken, um für ein „Maximum an Transparenz“ zu sorgen. „Ich habe kein Verständnis dafür, wenn Institute trotz Krise und Staatshilfen weiter Boni an ihre Mitarbeiter ausschütten“, unterstrich auch Rüttgers. Mit Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Innovation wolle die Landesregierung zeigen: „Es gibt keinen Grund für Furcht und Angst.“ Das Motto des Ministerpräsidenten: „Zusammen sind wir stark!“ *cw, sw, sow*

Sachverständige bei der Diskussion im Ausschuss.

Wie die Abwärtsspirale durchbrechen?

Bankenkrise: Gemeinsame Anhörung von Wirtschafts- und Finanzausschuss

Foto: Schälte

4. Februar 2009 – „Die Gier der Menschen war größer als die Möglichkeit, die Gier zu befriedigen“, so Franz-Josef Knieps, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Landtag NRW, am Ende der Anhörung zum Thema „Bankenkrise und neuer Ordnungsrahmen“. Die Debatte auf Antrag der Grünen beschäftigte sich mit Analyse und Lösungsmöglichkeiten. Hier eine kurze Zusammenfassung der Statements.

PROBLEMANALYSE

Prof. Dr. Mechthild Schrooten, Hochschule Bremen: Ein Teil der Geschäfte sei außerbilanziell abgewickelt worden, sodass diese für die Aufsicht (einerseits Bundesbank, andererseits die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)) nicht erkennbar gewesen seien. Außerdem seien die möglichen Auswirkungen der Krise einer einzelnen Bank auf das gesamte Bankensystem kaum bekannt gewesen.

Prof. Dr. Helmut Siekmann, Universität Frankfurt: Die Kontrolle habe zu sehr auf der „Mikroebene“ einer einzelnen Bank stattgefunden; das Gesamtsystem sei kaum beachtet worden. Außerdem hätten immer nur bruchstückhafte Informationen vorgelegen. Und schließlich werde die BaFin von den überwachten Banken selbst finanziert und zum Teil kontrolliert.

Prof. Dr. Stephan Paul, Universität Bochum: Die Aufsicht konzentriere sich auf die Aktivitäten in Deutschland; die Aktivitäten von Tochtergesellschaften im Ausland würden zu wenig beachtet. Und weder das Zinsänderungsrisiko noch das Liquiditätsrisiko hätten bislang im Zentrum der Aufmerksamkeit gestanden.

Prof. Dr. Thomas Hartmann-Wendels, Universität Köln: Der Übergang zur Gesamtrisikobewertung habe zu Schwierigkeiten bei der Bewertung großer Banken geführt, da zu wenig Vergleichsmaterial vorläge. Des Weiteren habe es auch zu wenig (politischen) Rückhalt für eine wirklich strenge Kontrolle gegeben, da allgemein ja der Finanzplatz Deutschland gestärkt werden sollte.

Markus Belcher-Melching, Bundesverband deutscher Banken: Die getätigten Finanzgeschäfte seien zum damaligen Zeitpunkt legal gewesen (und seien es zum Teil immer noch). Ein Aufsichtsgremium dürfe zudem nur kontrollieren und nicht in die Geschäftsführung eingreifen.

Franz-Josef Arndt, Bankenvereinigung NRW: Bei der Aufsicht werde die Internationalisierung des Bankengeschäfts zu wenig beachtet.

Dr. Norbert Breker, Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland: Die Risiken seien in der Rechnungslegung erkennbar gewesen. Es sei aber zu prüfen, ob die Rechnungslegungsvorschriften geeignet sind, die Dimension dieser Risiken abzubilden.

LÖSUNGSANSÄTZE

Prof. Dr. Mechthild Schrooten, Hochschule Bremen: Nachzudenken sei über eine öffentliche Ratingagentur; eine zentrale „Bad Bank“ helfe nicht, solange nicht alle Informationen über mögliche Risiken bekannt seien. Ein „Gütesiegel“ des Staates für Finanzprodukte mache diesen dann möglicherweise auch haftbar. Außerdem: Was sei die Rolle des Staates in einer liberalisierten Gesellschaft, die auf Gewinnstreben ausgerichtet ist? Notwendig sei auch eine Wertedebatte über moralische Entscheidungshilfen.

Prof. Dr. Helmut Siekmann, Universität Frankfurt: Ein verbindlicher, umsetzbarer internationaler Ordnungsrahmen sei unabdingbar. Rechtsnormen dürften sich eigentlich nicht auf die Urteile privater Ratingagenturen beziehen. Die Auslagerung der unsicheren („toxischen“) Papiere sei

problematisch, da ihr Marktwert nicht bekannt sei. Man brauche eine stärkere Eigenverantwortung der Banken und strengere Vorschriften hinsichtlich der Absicherung durch Eigenkapital.

Prof. Dr. Stephan Paul, Universität Bochum: Die Aufsicht müsse sich auf die Geschäftsprozesse konzentrieren. Mit Blick auf die Bewertung der Finanzprodukte gebe es wahrscheinlich keine Alternative zu den existierenden privaten Ratingagenturen; der Staat könne es nicht besser. Daher: Vor einer Sicherheitsillusion sei zu warnen.

Prof. Dr. Thomas Hartmann-Wendels, Universität Köln: Einerseits seien die möglichen Auswirkungen einer „Weltaufsichtsbehörde“ auf kleine lokale Banken zu bedenken. Andererseits bräuchten wir Vorschriften für eine verstärkte Haftung der Banken sowie zum Aufbau von Rücklagen in guten Jahren. Die noch vorhandenen „faulen“ Papiere müssten vom Staat aufgekauft werden („Bad Bank“); das Geld könne dieser sich später bei den Banken zurückholen.

Markus Belcher-Melching, Bundesverband deutscher Banken: Solange sich die Papiere im Besitz der Banken befänden, werde es eine Spirale an Abschreibungen geben. Der Ankauf durch den Staat sei die einzige Lösung; ein Problem läge allerdings in der beihilferechtlichen Genehmigung. Eine Rückzahlung könne im Fall möglicher Gewinne erfolgen. Dies müsse aber hinreichend unverbindlich geregelt werden, damit die Banken keine entsprechenden Rückstellungen bilden müssten. Ansonsten sei die weltweite (und in Europa relativ strikte) Konvergenz von Eigenkapital- und Bilanzierungsvorschriften notwendig.

Kurt Buchwald, IHK NRW: Angesichts der möglichen Verstärkung der Krise der realen Wirtschaft durch das bestehende Regelwerk (vor allem Basel II) sei schnelles Handeln notwendig. Ansonsten drohten viele Insolvenzen (da die Banken als Geldgeber der Wirtschaft ausfielen).

Dr. Norbert Breker, Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland: Der Aufbau einer funktionierenden öffentlichen Ratingagentur werde lange dauern, daher solle man die privaten Ratingagenturen (evtl. gemäß dem Modell der Wirtschaftsprüfer) stärker kontrollieren. Außerdem seien Möglichkeiten, die Bankenkontrolle zum Beispiel durch „außerbilanzielle Risiken“ zu umgehen, zu beseitigen. Bei Verkauf der „faulen“ Papiere an den Staat: Eine gewinnabhängige Rückzahlungsverpflichtung der Banken sei nicht in die Bilanz einzustellen, solange sie nicht realisiert werde.

Dr. Mehrdad Payandeh, DGB: Die liberale Maxime, der Nutzen für den Einzelnen bedeute immer auch einen Nutzen für alle, habe sich als falsch erwiesen. Die Krise sei also durch das System bedingt. Notwendig sei eine verstärkte Haftung der Banken. Der Kauf „fauler“ Bankpapiere durch den Staat müsse durch die Übernahme von Eigentumsanteilen an den Banken politisch legitimierbar sein.

CW



Plädoyer für Aids-Vorsorge

Keine Entwarnung: Fachleute sehen Anstieg der Neuinfektionen

4. Februar 2009 – Gestiegene Lebensqualität und höhere Lebenserwartung – es scheint, als sei Aids zu einer behandelbaren Krankheit geworden. Aber in der Realität kann eine verbesserte medizinische Versorgung nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Krankheit auch mit Medikamenten nur schwer zu ertragen ist und in der Regel tödlich verläuft. Gleichzeitig lässt sich ein Anstieg der Neuinfektionen feststellen: Im Jahr 2007 wurden allein in NRW 720 Neudiagnosen verzeichnet. Auf Antrag der Grünen-Fraktion befragten der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz: Günter Garbrecht, SPD) sowie der Ausschuss für Frauenpolitik (Vorsitz: Elke Rühl, CDU) Sachverständige zum Antrag „Aids-Politik gestalten – Konzept zur Prävention weiterentwickeln“ (Drs. 14/7064).

Foto: Schälte

Allgemeine Informationen, zum Beispiel in Schulen, seien wichtig, um die Aktualität des Themas vor Augen zu halten – sie reichten aber nicht aus, so die Fachleute. Vielmehr gelte es, die Prävention inhaltlich stark zu differenzieren und somit an die einzelnen Zielgruppen anzupassen. Studien hätten etwa gezeigt, dass sich Übertragungsformen und Krankheitsverlauf geschlechtsspezifisch unterscheiden.

Als größte Betroffenengruppe würden homosexuelle Männer ins Zentrum der Präventionsprogramme rücken. Strukturelle Aids-Prävention bei dieser Betroffenengruppe beinhaltet dabei vor allem auch den Erhalt und Ausbau von Selbsthilfestrukturen, führte Alexander Popp (Schwules Netzwerk NRW) aus.

„Frauen hingegen werden als Betroffene oftmals nicht wahrgenommen, ihre Infektionen häufig erst spät diagnostiziert“, ergänzte Julia Schmalz von der LAG Frauen und Aids. Sie hätten einen anderen Zugang zum Gesundheitssystem, andere Bedürfnisse, und bei ihnen wirke sich oft die Medikation anders aus als bei Männern.

Hinsichtlich der Menschen mit Migrationshintergrund stelle sich das Problem, dass diese Gruppe aufgrund sprachlicher Barrieren oft keinen Zugang zu Informationen hätte, problematisierten Sachverständige. Geringe Bildung, Unkenntnis des deutschen Versorgungssystems und andere Einstellungen zu Krankheit und Sexualität führten zu Infektion und einem er-

schweren Zugang zu Versorgungs- und Therapiesystemen. Die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an den Präventionsstrukturen könne zur Verbesserung der Situation führen, sagten Sachverständige.

AUFKLÄRUNG

Notwendig sei auch die inhaltliche Ausweitung der Prävention, so Dirk Meyer (Aids-Hilfe NRW e. V.). Er forderte, neben der zielgruppengerichteten Information über Aids ein weiteres Thema verstärkt in die Prävention einzubeziehen und nahm damit einen Hinweis von Prof. Dr. Elisabeth Pott (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) auf: Andere sexuell übertragbare Krankheiten bildeten eine Hauptursache für die gewachsene Zahl der HIV-Neuinfektionen, denn bei vorhandenen Geschlechtskrankheiten könne die Übertragung des HI-Virus um ein Vielfaches leichter erfolgen. Die Unkenntnis in der Bevölkerung darüber stelle eine große Herausforderung dar. Die Aids-Hilfen, so Meyer, hätten seit einigen Jahren ihr Informations- und Beratungsangebot auf dieses Themenfeld ausgeweitet. Zudem sei es jedoch notwendig, auch die formale Trennung der Aufgabengebiete im Ministerium und in den Gesundheitsämtern aufzuheben, so Meyer. Eine sach- und fachgerechte Bearbeitung könne durch personelle und inhaltliche Zusammenlegung ermöglicht werden.

Neben der Primärprävention gelte es, die Lebenssituation infizierter beziehungsweise erkrankter Menschen zu verbessern, so Dr. Ulrich Heide (Deutsche Aids-Stiftung Bonn). Die finanzielle Belastung der erkrankten Menschen sei in den letzten Jahren stark gestiegen. Ein überwiegender Teil der Betroffenen sei auf staatliche Transferleistungen angewiesen, wobei die Regelsätze der Sozialhilfe nur auf kurzfristige Überbrückung angelegt seien und den tatsächlichen Bedarf nicht deckten. Einig zeigten sich die Fachleute hinsichtlich der gesundheitlichen Versorgung: In Ballungsgebieten wie Köln, Düsseldorf und Essen ließen sich gute Versorgungsstrukturen aufweisen, in den ländlichen Regionen sei die Situation hingegen kritisch. Hier müsse man oft lange Fahrzeiten in Kauf nehmen, um eine qualifizierte Schwerpunktpraxis oder eine HIV-Ambulanz zu erreichen.

Eine Gefahr sahen Sachverständige im Zusammenhang mit der Kommunalisierung der Landesfördermittel. „Die Gefahr ist, dass gewachsene Strukturen geschlossen werden müssen, da die kommunalen Finanzen in der Regel nicht ausreichen werden, wegfallende Landesmittel zu ersetzen. Die bislang unberücksichtigten Kommunen werden sich hingegen nicht stärker engagieren, zumal die für sie prognostizierten finanziellen Mittel nicht ausreichen, um Strukturen aufzubauen“, erklärte Karin Hoeltz, Aids-Koordinatorin der Stadt Wuppertal.

Marie Schwinning

Geldsegen für die NRW-Kommunen aus dem Konjunkturpaket II



Die nordrhein-westfälischen Kommunen haben allen Grund zur Freude: 1,384 Milliarden Euro für Investitionen in Kindergärten, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen sowie 996 Millionen Euro für kommunale Infrastruktur – das ist die in Zahlen gegossene Entscheidung der schwarz-gelben Landesregierung zur Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II“, so Helmut Stahl, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion im Düsseldorf Landtag.

Ende Januar hatte sich die Landesregierung – allen voran Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und Staatskanzleichef Karsten Beneke – mit den kommunalen Spitzenverbänden in Nordrhein-Westfalen darauf geeinigt, wie viel Geld aus dem Konjunkturpaket II von Berlin direkt an die Kommunen hierzulande weitergeleitet wird. Danach erhalten die Städte, Kreise und Gemeinden zwischen Rhein, Weser und Lippe 2,38 Milliarden Euro der insgesamt 2,84 Milliarden Euro. „Das sind fast 84 Prozent des

Geldes, ein Spitzenwert in Deutschland. Kein anderes Bundesland leitet einen so großen Anteil des Bundesgeldes an seine Kommunen weiter. Das macht deutlich: Die CDU mit Jürgen Rüttgers ist die Kommunalpartei in Nordrhein-Westfalen“, erklärt Stahl. „Den Rest der Mittel, insgesamt 464 Millionen Euro, verwendet das Land direkt für die Hochschulen.“

Stahl weiter: „Bei den Verhandlungen um die bestmögliche Verteilung der Bundesmittel hat die Landesregierung einen kühlen und klaren Kopf bewahrt. Sie hat sich nicht von der Verwirrung stiftenden Aufregung der Opposition treiben lassen. Stattdessen sind jetzt solide Planungsgrundlagen für die Zukunftsinvestitionen der



Kommunen gelegt.“ Zudem sei es richtig und wichtig gewesen, bewährte Schlüssel zur Verteilung der Mittel zugrunde zu legen. „Das garantiert, dass alle Kommunen von dem Konjunkturpaket II profitieren – auch die finanzschwächeren“, erklärt Stahl.

„Wir haben jetzt die große Chance, unsere Schulen und Kindergärten, den Lärmschutz an Straßen oder die Breitbandkabelversorgung im Land voranzubringen und zugleich die Auswirkungen

der Finanzmarktkrise auf Wirtschaft und Arbeitsplätze zu dämpfen. Diese Chance gilt es zu nutzen. Dabei müssen die Kommunen Sorge tragen, dass insbesondere die heimische Wirtschaft davon profitiert“, so der Appell des Fraktionschefs. ■

FDP-Fraktion würdigt das Karnevalsbrauchtum



Der Karneval in NRW ist ein Aushängeschild für unser Land. Und er hat kulturelle, soziale und integrative Potenziale“, lobt FDP-Innenexperte Horst Engel. Die FDP im Landtag hat nun eine Initiative auf den Weg gebracht, um das ehrenamtliche Engagement der Karnevalisten zu stärken. „Wir würdigen die besondere Fähigkeit der Karnevalisten, Menschen, unabhängig von Herkunft oder religiöser Überzeugung, Alter oder Geschlecht in friedlicher Weise zusammenzubringen.“ Deshalb sollen künftig jedes Jahr Einzelpersonen oder Vereine für ihre herausragenden ehrenamtlichen Leistungen besonders geehrt werden.

„Die 1807 Karnevalsgesellschaften, Vereine und Organisationen in NRW sind fester Bestandteil des ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements“, betont Engel. Zudem ist das Engagement für den Karneval nicht nur auf diese Vereine beschränkt. Ob Stammtische, Kegelveine, Pfarreien, Zuschauer oder Nachbarschaften – alle können sich in dieses Brauchtum einbringen. „Dem Karneval gelingt etwas ganz Besonderes: Er bringt Millionen

von Menschen mit den unterschiedlichsten Geschichten und Hintergründen friedlich zusammen.“

Horst Engel hebt zudem hervor, dass die Karnevalisten nicht nur in der fünften Jahreszeit aktiv sind. Das ganze Jahr hindurch findet Vereinsleben – insbesondere Jugendarbeit – statt. „In den Tanz, Schauspiel- und Musikgruppen können Kinder und Jugendliche sich entfalten und ihre sozialen Fähigkeiten trainieren.“ Aber auch bei der Denkmal- und Kulturpflege sowie der Altenbetreuung engagieren sich die Karnevalisten das gesamte Jahr über. „Sie leisten einen wertvollen Beitrag zur Heimat- und Brauchtumspflege.“ Um das Kulturgut Karneval in seiner Vielfalt generationsübergreifend zu bewahren, muss aus Sicht der FDP die Bindung der Jugend an die Traditionen weiter gefördert werden. „Karneval ist mehr als Frohsinn, viel mehr als nur gemeinsam zu feiern und zu lachen. Im Karneval werden regionale Traditionen und Sprache ebenso weitergegeben wie in der Region verankerte Werte. Somit stärkt das karnevalistische Brauchtum auch die regionale Identität“, sagt der bekennende Karnevalist. ■

Am Atomausstieg darf nicht gerüttelt werden

Führende Politiker von CDU und FDP stellen erneut den Atomkonsens in Frage und rütteln an dem Ausstieg aus der Atomenergie. Der stellvertretende NRW-Ministerpräsident und FDP-Landesvorsitzende Pinkwart spricht sich nicht nur für eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke aus, er fordert auch den Neubau von Atomkraftwerken. Die SPD-Landtagsfraktion steht hingegen eindeutig zum Konsens von Politik und den vier großen Energieversorgungskonzernen vom April 2002. Der Weg von der schwarz-gelben Koalition in Düsseldorf ist falsch, Nordrhein-Westfalen wieder zum Atomland machen zu wollen. Wer den Atomkonsens aufkündigt und den Atomausstieg verhindern will, schadet unserem Land und treibt unsere Gesellschaft in längst überwundene Auseinandersetzungen. Das wäre eine Kehrtwende zurück in die Energiepoli-



tik des vorigen Jahrhunderts, die die Zukunftschancen für eine dringend neue Klima- und Energiepolitik verspielen würde. Gegen diese „Spaltung unserer Gesellschaft“ wird die SPD mit aller Härte vorgehen.

Notwendig ist vielmehr eine Konzentration der politischen und wirtschaftlichen Kräfte auf Energieeinspar- und Effizienztechnologien, den stärkeren Ausbau der Erneuerbaren Energien, neue hocheffiziente Kohlekraftwerke – am Besten durch Kraft-Wärme-Kopplung gestützt – und mehr dezentrale Energieversorgung. Wir müssen uns auf die Nutzung unserer heimischen Energievorräte Braunkohle und Steinkohle sowie einen ständig wachsenden Anteil Erneuerbarer Energieträger stützen, anstatt die Atomkraft wiederzubeleben. ■

**NRW
SPD**
Die Fraktion

Sparkassen müssen Beraterverträge offenlegen

Aktuell sind mehrere Fälle bekannt geworden, bei denen Kommunalpolitiker über so genannte Beraterverträge Geld von der Sparkasse Köln-Bonn erhalten haben – ohne dass eine klare Gegenleistung zu erkennen wäre. Dies wird einmal mehr dazu beitragen, das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in die Politik zu erschüttern. Und auch der gute Ruf der Sparkassen steht auf dem Spiel.

Nach derzeitigem Stand hat die Sparkasse Köln-Bonn mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Rolf Bietmann (CDU) einen Beratervertrag abgeschlossen und dabei zwischen 2005 und 2007 Honorare in einer Gesamthöhe von 900.000 Euro gezahlt. Bietmann war bis Februar 2005 Mitglied des Verwaltungsrats und bis Mai 2004 sogar dessen Vorsitzender. Zudem wurde in der Presse über einen Beratervertrag des amtierenden Kölner Bürgermeisters Josef Müller (CDU) berichtet, der auch von der Sparkasse Köln-Bonn finanziell getragen wurde. Müller war zum Zeitpunkt seiner Beratertätigkeit Mitglied des Verwaltungsrats der Sparkasse Köln.

Beraterverträge mit aktiven oder ehemaligen Mitgliedern des Verwaltungsrates begrün-

den die Gefahr gravierender Interessenkonflikte und können so die Kontrollfunktion des Verwaltungsrates massiv beeinträchtigen. Dies gilt umso mehr dann, wenn – wie im Fall Bietmann – die Verträge so strukturiert sind, dass unabhängig von konkreten Leistungen feste Monats-honorare gezahlt werden.

Um dem in Zukunft entgegenzuwirken, hat die Grüne Landtagsfraktion einen Antrag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, an dieser Stelle mehr Transparenz zu schaffen. Zukünftig soll jede nordrhein-westfälische Sparkasse alle von ihr abgeschlossenen Beraterverträge gegenüber dem Verwaltungsrat offenlegen. Zusätzlich sollen Verträge mit politischen Mandatsträgern in ein öffentlich zugängliches Register eingetragen werden.

Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, Gespräche mit den nordrhein-westfälischen Sparkassenverbänden aufzunehmen mit dem Ziel, verbindliche Verhaltensregeln zu entwickeln, die den Abschluss von Beraterverträgen an bestimmte Kriterien – etwa Transparenz und das Vermeiden von Interessenkonflikten – binden. ■

GRÜNE
IM LANDTAG NRW



Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	BERATUNGS-SCHRITTE	DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	BERATUNGS-SCHRITTE
14/8335	Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes CDU, FDP	Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform	Erste Beratung im Ausschuss am 4.3.2009	14/7961	Gesetz zur Reform der Lehrerbildung LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Schule und Weiterbildung (federführend)	Anhörung am 4.3.2009
14/8329	Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation zugewanderter Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden – Änderung des § 27 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen GRÜNE	Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (federführend)	Anhörung am 26.3.2009	14/7925	Bergmanns-versorgungsschein LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Beratungen mit Sachverständigen frühestens im März 2009
14/8291	Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuches in NRW LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Bauen und Verkehr	Weitere Beratung im Ausschuss im März 2009	14/7796	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (federführend)	Weitere Ausschussberatung am 4.3.2009
14/8290	Gesetz zum Ausbau der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (federführend)	Anhörung am 12.3.2009 (geplant)	14/7792	Gesetz zur Stärkung der Personalhoheit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen LANDESREGIERUNG	Haushalts- und Finanzausschuss (federführend)	Weitere Beratung im Ausschuss im März 2009
14/8176	Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften LANDESREGIERUNG	Haushalts- und Finanzausschuss (federführend)	Anhörung am 12.3.2009	14/6327	Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft in NRW SPD	Rechtsausschuss	Zuletzt Beratung am 2.4.2008, Beratung läuft
14/8036	Änderung der Regelung der Ladenöffnungszeiten SPD	Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (federführend)	Weitere Ausschussberatungen voraussichtlich im März 2009	14/1541	Gesetz zur Änderung der Landesverfassung SPD, GRÜNE	Hauptausschuss	Zuletzt behandelt am 6.3.2008, Beratung läuft
14/8025	Regelungen zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in das Landesrecht LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (federführend)	Anhörung am 25.3.2009	14/272	Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes SPD	Rechtsausschuss (federführend)	Zuletzt behandelt am 3.11.2005, Beratung ruht


Abgeschlossene Gesetzgebung – vom 28. bis 30. Januar 2009 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	BERATUNG IM PLENUM	BESCHLUSS	IM GESETZBLATT VERKÜNDET
14/7940	Abrechnungsfondsgesetz	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 28.1.2009	Angenommen	
14/7930	3. Nachtragshaushalt 2008	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 28.1.2009	Angenommen	

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter www.landtagintern.de finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Der Verwaltung auf die Finger geschaut

40 Jahre effektive Petitionsarbeit in NRW



An den
Petitionsausschuss des
Landtags NRW
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

In der Parlamentsgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen ist das Jahr 2009 das Jubiläumsjahr einer bedeutsamen Verfassungsänderung. Vor 40 Jahren, am 11. Februar 1969, wurde Artikel 41a in die Landesverfassung eingefügt. Damit begann eine Erfolgsgeschichte für die Petitionsarbeit im Landtag. Der Petitionsausschuss bietet jeder Bürgerin und jedem Bürger die Möglichkeit, sich gegen Ungerechtigkeiten, Benachteiligungen oder ungleiche Behandlung durch staatliche Verwaltungsstellen zu wehren.

Am 2. Juni 1949 fand die erste Sitzung des sogenannten Eingabenausschusses statt. Die Bezeichnung „Petitionsausschuss“ erhielt der Ausschuss erst in der 6. Wahlperiode. In das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland war im Jahre 1949 mit Artikel 17 das Petitionsrecht als Grundrecht aufgenommen worden, das damit sowohl auf der Bundesebene als auch in den Ländern galt und gilt. Allerdings hatten die Abgeordneten in den jeweiligen Parlamenten keine eigenen Prüfmöglichkeiten; sie forderten deshalb eigene Rechercherechte.

In Nordrhein-Westfalen favorisierte die CDU-Landtagsfraktion, damals in der Opposition, nach skandinavischem Vorbild einen „Landesbeauftragten für Verwaltungskontrolle“, der neben dem Petitionsausschuss agieren sollte. Die Koalitionsfraktionen SPD und FDP bejahten demgegenüber größere Kontrollrechte für den Petitionsausschuss. Dieses Konzept wurde auch von der Konferenz der Landtagspräsidenten unterstützt. Widerstand kam von der Landesregierung. Sie machte den Vorschlag, dass der Petitionsausschuss erst dann

einem Petitum nachgehen solle, wenn der Beschwerdeführer alle förmlichen Mittel, das heißt faktisch alle Instanzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit, bemüht habe. Die Koalitionsfraktionen im Landtag, sensibilisiert durch die sogenannte Klingelpützaffäre (einem Skandal in der Kölner Justizvollzugsanstalt), hielten dagegen und forderten nachdrücklich ein eigenes, unabhängiges Prüfungsrecht des Parlaments. Nachdem schließlich auch die CDU zustimmte, wurde mit der notwendigen, verfassungsändernden Zweidrittel-Mehrheit der Artikel 41a mit starken Kontrollrechten für den Petitionsausschuss in die Landesverfassung hineingeschrieben.

EIN VORBILD IN DEUTSCHLAND

Es ist nicht zu hoch gegriffen, wenn dies als herausragendes Ereignis der deutschen Parlamentsgeschichte bezeichnet wird. Denn der Petitionsausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags erhielt unter anderem das Recht, Ak-

ten einzusehen, Sachverständige zuzuziehen und Zeuginnen und Zeugen anzuhören. Diese Befugnisse sind denen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses ähnlich. Das nordrhein-westfälische Modell hatte damit Vorbildcharakter für spätere Regelungen im Deutschen Bundestag und anderen Landesparlamenten.

Artikel 41a machte den Petitionsausschuss darüber hinaus zu einem der wenigen Ausschüsse mit Verfassungsrang: Der Ausschuss und seine Rechte können also nur mit verfassungsändernder Mehrheit abgeschafft werden.

HOHE ERFOLGSQUOTE

In der täglichen Praxis hat Artikel 41a der Landesverfassung bis heute eine große Bedeutung. Rund 20 Prozent aller Eingaben an den Petitionsausschuss werden nicht nur im schriftlichen Verfahren bearbeitet, sondern mit den Möglichkeiten des Artikels 41a. Es ist heute ganz selbstverständlich, dass sich Abgeordnete direkt vor Ort gemeinsam mit Behörden und Betroffenen um Lösungen für Bürgerprobleme bemühen. Dies betrifft zum Beispiel Baustreitigkeiten, Angelegenheiten der sozialen Sicherung, Schulprobleme oder den Strafvollzug.

In der 13. Wahlperiode hat der Petitionsausschuss von zirka 23.000 Eingaben über 4.000 im Verfahren nach Artikel 41a erledigt. Die Erfolgsquote bei diesen Verfahren (rund 34 Prozent) liegt deutlich höher als im normalen Verfahren (rund 24 Prozent). Auch in der laufenden Wahlperiode wird vom Instrumentarium des Artikels 41a reger Gebrauch gemacht (bis Ende 2008 waren es rund 2.300 Verfahren). Dabei ist in den letzten Jahren zu beobachten, dass die Abgeordneten immer häufiger die Rolle von Vermittelnden übernehmen und weniger die des „parlamentarischen Kontrolleurs“. Auf diese Weise dient die Arbeit im Petitionsausschuss wirkungsvoll dazu, Rechtsfrieden herzustellen. Und sie sorgt gleichzeitig dafür, dass das Parlament von den Menschen nicht als unnahbare, sondern als direkt helfende Institution wahrgenommen wird.

Franz Muschkiet

Weitere Informationen zum Petitionsausschuss gibt es im Internet auf der Seite www.landtag.nrw.de unter der Rubrik „Petitionen“. Dort können Bürgerinnen und Bürger auch Online-Petitionen abgeben.

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Um die Situation der insolventen Warenhauskette Hertie ging es im **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU). Mit zwölf NRW-Filialen, die geschlossen werden sollen, seien laut Medienberichten 440 Arbeitsplätze in Gefahr. Das Hauptproblem seien überhöhte Mieten, die die Filialen nicht stemmen könnten, sagte Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU). Die Landesregierung könne, falls sich ein Investor finde, gegebenenfalls mit einer Landesbürgschaft helfen oder bei der Einrichtung einer Transfergesellschaft einen Beitrag zu Verwaltungskosten leisten. Ziel sei es, eine „Filetierung“ zu vermeiden, denn eine Weiterführung der Warenhauskette sei nur möglich mit einer Reihe von Filialen aus einer Hand. Eine Sanierung der Kette mit den verbleibenden Filialen, davon 25 in Nordrhein-Westfalen mit 1.200 Arbeitsplätzen, setze geringere Mieten voraus, machte die Ministerin deutlich. SPD-Abgeordnete befürchteten ein zu geringes Engagement der Landesregierung und verwiesen auf städtebauliche Konsequenzen, wenn in einem Stadtteil das einzige Kaufhaus mit Vollsortiment schließe.

+++

Wie die Kontrollen von Ökobetrieben verbessert werden können, diskutierten Abgeordnete im **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) auf Antrag der Grünen. Anlass gab der aufgedeckte Missbrauch des Öko-Siegels durch einen großen nordrhein-westfälischen Geflügelzuchtbetrieb. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz hatte entdeckt, dass der Betrieb in großen Mengen konventionelles Futtermittel verwendete und Geflügelprodukte fälschlicherweise mit dem Öko-Siegel auszeichnete. Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) kündigte im Landwirtschaftsausschuss an, zu prüfen, inwiefern Kontrollen verschärft und risikoorientiert ausgestaltet werden können. Dies forderten auch Mitglieder aller Fraktionen. Gerade die Bio-Landwirtschaft sei auf das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in hohem Maße angewiesen, so die einhellige Meinung.

Gemeinsam mit Sachverständigen erörtern Abgeordnete im **Hauptausschuss** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU), ob und wie die Gesetzgebung des Landtags zu optimieren sei. Die Fraktion der Grünen hatte in einem Antrag (Drs. 14/6338) gefordert, parlamentarische Prüfstellen einzurichten. Diese sollen den Prozess der Gesetzgebung begleiten, um eventuelle Mängel in Gesetzentwürfen frühzeitig zu erkennen. Prof. Dr. Helmuth Schulze-Fielitz (Universität Würzburg) sagte, man müsse für den Gesetzgebungsprozess Qualitätskriterien schaffen, die sich „über politische Vorgaben hinwegsetzen“. Rechtsanwalt Dr. Ortlieb Flidner betonte, die Gesetzgebung könne nur mit Hilfe einer Gesamtkonzeption verbessert werden, für die sich alle Beteiligten verantwortlich fühlten. Entsprechende Standards könnten in den Geschäftsordnungen der Parlamente verankert werden, meinte Pri-



Illustration: Peter Flock

vatdozent Dr. Gottfried Konzendorf (Bundesministerium des Innern). Er hob hervor, dass eine Prüfstelle von vornherein sinnvolle Alternativen in den Gesetzgebungsprozess einbeziehe. Dagegen hielt Ministerialrat Dr. Winfried Brechmann (Bayerische Staatskanzlei) eine standardisierte Folgenabschätzung für wenig sinnvoll, da diese lediglich Leitlinien setzen, aber keine inhaltliche Auseinandersetzung mit Gesetzentwürfen bieten könne.

+++

Für den Einsatz sogenannter Giga-Liner – über 25 Meter langer Lastkraftwagen – auf Autobahnen hat sich Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) ausgesprochen. Erste Ergebnisse einer Projektstudie würden zeigen, dass die Giga-Liner „zumindest einen kleinen Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme der Zukunft liefern können“, sagte Wittke in einer Aktuellen Viertelstunde. So sei davon aus-

zugehen, dass die langen Laster das Verkehrsaufkommen und die Emissionen auf den Autobahnen jeweils um ein Drittel reduzieren könnten. Während Abgeordnete von CDU und FDP die Erkenntnisse begrüßten, lehnten SPD und Grüne den Einsatz der Fahrzeuge ab. Sie befürchteten unter anderem, eine weitere Belastung für das Verkehrsaufkommen. Von einem Modellversuch lasse sich nicht auf die tatsächlichen Auswirkungen der Giga-Liner schließen, so ihre Kritik. Minister Wittke appellierte an den Ausschuss, das Thema weiterhin sachlich zu diskutieren. Jedoch werde letztendlich nicht auf Landesebene, sondern auf Ebene der Europäischen Union über die Zukunft der Giga-Liner entschieden.

+++

Angesichts der jüngst aufgetauchten Videos, in denen islamistische Extremisten Deutschland mit Terroranschlägen drohen, bleibe der Verfassungsschutz auf hohem Niveau wachsam, sagte Innenminister Dr. Ingo Wolf

(FDP) im **Innenausschuss** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU). Es gebe ein abstraktes Gefährdungspotenzial, jedoch keinen Anlass zur Panik oder Hysterie, so Wolf in einer Aktuellen Viertelstunde auf Antrag der SPD-Fraktion. Die Verbindung zu den Terroranschlägen in Madrid angesichts der bevorstehenden Wahlen in Deutschland sei keine zwingende Schlussfolgerung, meinte ein Vertreter des Verfassungsschutzes NRW.

+++

Aufgrund von Umbauarbeiten in der Villa Horion kann der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD), der Bürgerinnen und Bürgern bei Ärger mit Ämtern und Behörden hilft, voraussichtlich bis zur Sommerpause keine Sprechstunden vor Ort anbieten. Als Ausgleich sind Außentermine geplant. Der erste Termin ist vorgesehen für den 16. März 2009 von 14 bis 18 Uhr in der Kreisverwaltung Unna, Friedrich-Ebert-Str 17. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter der Nummer 0211 884-4444 erforderlich.

Porträt: Walter Kern (CDU)

Seine größten Erfolge feierte Walter Kern, CDU-Abgeordneter aus dem lippischen Lemgo, nicht als Politiker im Landtag und auch nicht in seinem Beruf als Sparkassenbetriebswirt. Als noch reichlich junger Fußballer trat er mit seinem Heimatverein unter anderem gegen den TuS Talle an und schaffte es, mehrfach den berüchtigten Abwehrrecken Gerhard „Acker“ Schröder, später Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender, zu tunneln. Noch heute spielt Kern beim FC Landtag mit, zu einer Begegnung mit Schröder auf dem grünen Rasen ist es aber nicht mehr gekommen.

Der Sport war es auch, der den Finanzexperten in die Politik brachte. Zwar war er schon mit 18 in die CDU eingetreten, Kern kümmerte sich aber vor allem um sein berufliches Fortkommen. Die politischen Aktivitäten des Fußballers beschränkten sich lange Zeit auf die Mitgliedschaft im Sportausschuss als sachkundiger Bürger. Weil der unermüdlich umtriebige Vater von zwei Kindern auch damals schon durch das auffiel, was er mit einer Prise Selbstironie als „Kern-Kraft“ bezeichnet, wurde er schließlich zur erfolgreichen Kandidatur für Rat und Kreistag gewonnen. Als ihn der Lemgoer Bürgermeister Reiner Austermann 2004 fragte, ob er nicht für den Landtag kandidieren wolle, da sagte Kern leichten Herzens zu. Denn der Kampf schien aussichtslos, der Vorsprung der SPD im Wahlkreis 98 betrug 16,5 Prozent. Doch am Wahlabend kam alles anders, 102 Stimmen lag Kern am Ende vor der SPD-Kandidatin Ina Meise-Laukamp. „Wenn ich die

Stimmen meiner Familie abziehe, war der Vorsprung sogar nur zweistellig“, grinst Kern und weiß, dass er sich der Stimme seines Sohnes gar nicht sicher sein kann. Der studiert Politikwissenschaften und ist eher grün als schwarz.

Seine „Kern-Kraft“ braucht der gläubige Katholik, um die Belastung einer zwischen Düsseldorf und Lemgo geteilten Arbeitswoche zu überstehen. Um 4.20 Uhr klingelt der Wecker, wenn Kern um kurz vor 9 Uhr in der Landeshauptstadt sein will. Weil dadurch der Nachtschlaf häufig zu kurz kommt, fallen ihm am Wochenende gelegentlich schon bei der Sportschau die Augen zu. Wegen der vielen Fahrerei findet die Wahlkreisarbeit vorwiegend von Freitag bis Montag statt. Als Stress empfindet Kern seine Arbeit aber nicht, Ruhe findet er beim Joggen, für das er sich mehrmals in der Woche Zeit nimmt, beim Kicken im FC Landtag und im Urlaub beim Malen. Das kam allerdings im vergangenen Jahr recht kurz, denn er ist mit Frau und Freunden sieben Tage durch seinen Wahlkreis gewandert, insgesamt 175 Kilometer, immer mit wechselnden Begleitern. Für Kern ein beeindruckendes Erlebnis: „Ich habe meine engere Heimat von einer ganz anderen Seite kennen gelernt.“ Außerdem versucht er möglichst oft, an der in Sitzungswochen regelmäßigen ökumenischen Morgenandacht im Landtag teilzunehmen.

Den Wechsel von einer 40-Stunden-Woche als Projektleiter bei der Sparkasse Lemgo zu einer Woche mit mindestens 80 Stunden als Landtagsabgeordneter hat Kern nie bereut. Seine Frau



hat ihm bescheinigt, dass sich im privaten Leben ohnehin nicht viel geändert habe, allerdings sei er jetzt noch häufiger nicht zu Hause. Denn sein ehrenamtliches Engagement in der Kommune hat Kern nicht eingeschränkt, er ist nach wie vor Vorsitzender der AGA GmbH in Lemgo, die in 16 lippischen Gemeinden den Sperrmüll entsorgt und recycelt. Das Besondere daran ist, dass mit diesem Unternehmen 80 Menschen mit geistiger Behinderung einen Job im ersten Arbeitsmarkt gefunden haben, die sonst im normalen Arbeitsleben keine Chance gehabt hätten.

In anderthalb Jahren will Kern, „wenn der liebe Gott mich lässt“, noch einmal für den Landtag kandidieren. Ein Wechsel nach Berlin in den Bundestag oder nach Brüssel ins Europaparlament sind für ihn keine Alternativen. Nach der derzeitigen Stimmungslage bei den Wählern bleibt dem Landesparlament die „Kern-Kraft“ noch eine weitere Legislaturperiode erhalten.

Peter Jansen

Jahreshauptversammlung des FCL

17. Dezember 2008 – Präsident Günter Langen begrüßte die 32 Anwesenden (darunter 16 aktuelle und drei ehemalige Abgeordnete), freute sich über deren hohe Zahl, merkte aber kritisch an, dass er aufgrund fehlender Spieler zwei Spieltermine habe absagen müssen. Trotz allem sei der FCL aber ein Verein mit angenehmen Mitgliedern. Im Übrigen stellte er fest, dass zwischen ihm und Coach Wolfgang Euteneuer kein Blatt passe.

Pressesprecher Hans Zinnkann ließ die Saison 2008 Revue passieren: Beim Hallenturnier in Bielefeld, mit dem traditionellerweise die Saison eröffnet wurde, startete der FCL ausgesprochen schlecht und konnte von 5 Spielen lediglich eines gewinnen. Besser machte er es beim Saisonabschluss beim Hallenturnier in Erwitte, bei dem er erst im Halbfinale von den Ex-Profis von Arminia Bielefeld gestoppt werden konnte. Von den 27 möglichen Punkten der 9 Feldspiele holte der FCL immerhin 16 bei Siegen,

einem Unentschieden und 3 Niederlagen. Auch das Torverhältnis war mit 31 zu 20 deutlich positiv. Die Krone des Torschützenkönigs errang Willi Nowack mit 5 Treffern. Die Steigerung des FCL lässt sich im Vergleich mit den Vorjahren ablesen: 2006 gab es 2 Siege, 2 Unentschieden und 6 Niederlagen; 2007 waren es 4 Siege, 2 Unentschieden und 4 Niederlagen.

Coach Wolfgang Euteneuer zeigte sich zufrieden mit dem guten Abschneiden des FCL, wollte aber sofort durch kritische Anmerkungen neue Reizpunkte für die kommende Spielzeit setzen. So seien auf dem Platz die fußballerischen Kernkompetenzen wie Lauf-, Einsatz- und Spielfreude nicht immer genügend ausgeprägt. Der FCL entfalte seiner Beobachtung nach seine besonderen Stärken vor allem vor dem Spiel in der Kabine und nach dem Spiel an der Theke. In Abwesenheit des Schatzmeisters stellte Kassenprüfer Sören Link fest, dass die Kasse des FCL ordnungsgemäß geführt werde.

Hans Zinnkann

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Redaktionelle Mitarbeit:
Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), 884-2450 (dd) und 884-2137 (sw)
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Rimmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Geburtstagsliste

Vom 11. Februar 2009 bis 17. März 2009

11.2. Luckey, Manfred (CDU)	60
11.2. Krautscheid, Andreas ** (CDU)	48
15.2. Ellerbrock, Holger (FDP)	61
16.2. Uhlenberg, Eckhard (CDU)	61
16.2. Leuchtenberg, Uwe (SPD)	51
17.2. Lohn, Werner (CDU)	51
18.2. Laschet, Armin ** (CDU)	48
18.2. Dr. Orth, Robert (FDP)	41
18.2. Dr. Brinkmeier, Michael (CDU)	41
21.2. Kieninger, Gerda (SPD)	58
22.2. Beer, Sigrid (Grüne)	53
26.2. Eumann, Marc Jan (SPD)	43
28.2. Seel, Rolf (CDU)	56
29.2. Westkämper, Horst (CDU)	73
1.3. Löhrmann, Sylvia (Grüne)	52
3.3. Lux, Rainer (CDU)	58
6.3. Kaiser, Klaus (CDU)	52
11.3. Palmen, Manfred (CDU)	64
11.3. Schroeren, Michael (CDU)	63
14.3. Krauskopf, Annegret (SPD)	65
15.3. Tenhumberg, Bernhard (CDU)	53
15.3. Watermann-Krass, Annette (SPD)	52
16.3. Römer, Norbert (SPD)	62
16.3. Wißen, Bodo (SPD)	35
17.3. Koschorreck, Elisabeth (SPD)	57

** Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Ehemalige Abgeordnete

17.2. Maedge, Rainer (SPD)	65
----------------------------	----

* besondere Geburtstage ab 65

Trauer um Ulrike Apel-Haefs

Ulrike Apel-Haefs, SPD-Landtagsabgeordnete, ist nach schwerer Krankheit am 9. Februar 2009 im Alter von 57 Jahren verstorben. Ulrike Apel-Haefs gehörte dem Landtag Nordrhein-Westfalen vom 1. Juli 1999 bis zum 1. Juni 2000 und seit dem 8. Juni 2005 als Mitglied der SPD-Fraktion an. Im NRW-Landesparlament arbeitete sie im Hauptausschuss und im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Landtagspräsidentin Regina van Dinter würdigte die Verstorbene als engagierte Politikerin, die sich vor allem kommunalpolitisch und in der Wissenschaftspolitik betätigt habe: „Unser Mitgefühl gilt der Familie von Ulrike Apel-Haefs. Der Landtag Nordrhein-Westfalen wird sie nicht vergessen und ihr ein ehrendes Gedenken bewahren.“

100.000 Einträge im Online-Katalog der Bibliothek ...

... stehen seit Jahresbeginn unter www.landtag.nrw.de (Rubrik: Dokumente) für Interessierte bereit. Die Themenschwerpunkte der landespolitisch orientierten Bibliothek liegen in den Bereichen Politik und Gesellschaft, Öffentliches Recht, Staat, Verwaltung, neuere Geschichte und Zeitgeschichte sowie Landeskunde. Besucherinnen und Besucher sind in der Bibliothek im Parlamentsgebäude herzlich willkommen. Auch bei Fragen nach parlamentarischen Vorgängen, nach Beratungsergebnissen und Gesetzesänderungen im Landtag sowie nach weiteren Daten und Fakten zur Landespolitik etc. helfen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Infothek gerne weiter.

Öffnungszeiten der Bibliothek, des Archivs und der Infothek: montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis 17 Uhr, freitags bis 14 Uhr, in den Parlamentsferien montags bis donnerstags 9 Uhr bis 16 Uhr, freitags bis 13 Uhr. Telefon: 0211 884-2112, Fax: 0211 884-3032, E-Mail: infothek@landtag.nrw.de. Foto: Schälte